





Liebe Leserin ! Lieber Leser !

Mit der Herausgabe der Jahresübersicht " Neofaschismus in Lüneburg 1986 " stießen wir auf ein breites öffentliches Interesse - mehrfach mußten wir jene Broschüre nachdrucken.

Auch zum Jahre 1987 haben wir deshalb die bekanntgewordenen neofaschistischen Aktivitäten in dieser kleinen Dokumentation zusammengestellt. Bei den hier vorgelegten Dokumenten des Lüneburger Neofaschismus handelt es sich allerdings nur um die "Spitze des Eisbergs", denn zum einen können wir nur die öffentlichen Äußerungsformen abdrucken, zum anderen haben wir nicht von allen neofaschistischen Aktivitäten Kenntnis oder wir können sie aus verschiedenen Gründen hier nicht dokumentieren. Als Beispiel seien hier die neofaschistischen Hetz- und Drohbriefe genannt, die der Evangelischen Familienbildungsstätte - natürlich anonym - zugingen, nachdem bekannt wurde, daß diese eine Fahrt mit Jugendlichen zum ehemaligen Konzentrationslager Stutthof (Ostpreußen) im Rahmen des Friedensdienstes in Polen durchzuführen beabsichtige. Mitarbeiter der Familienbildungsstätte vermuten, daß eine Reihe dieser Briefe von Einweihungsfeier- Teilnehmern des Ostpreußischen Landesmuseums stammen.

Andere Aktivitäten aus diesem Bereich, wie etwa die Einweihung des Ostpreußischen Landesmuseums des SS- Obersturmführers Freiherr Otto von Fircks und die demokratischen Protestaktionen im Juni 1987 oder die geplante ( und verhinderte ) Durchführung des " 3. Norddeutschen Forums " sind hier nicht ausführlich dokumentiert, weil wir dazu jeweils gesonderte Informationsschriften veröffentlicht haben.

Wie im letzten Jahr auch beschränken wir uns in dieser Broschüre wieder - mit einer Ausnahme - auf die Dokumentation neofaschistischer Aktivitäten und verzichten auf eine Kommentieren, weil sie den Rahmen dieser Schrift erheblich sprengen würde. Berichteten wir im letzten Jahr etwas ausführlicher über Personen und Strukturen der größten neofaschistischen Partei ( über die NPD- Lüneburg ), so wird diesmal eine andere Abteilung des Neofaschismus näher erläutert: das "Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes". Im Gegensatz etwa zur NPD, die ihre neofaschistische Ideologie mit öffentlichen Kampagnen unter die Leute zu bringen versucht ( was in Lüneburg in den letzten Jahren zum Teil verhindert werden konnte ), versucht die DKEG , als "Kulturgesellschaft" getarnt, weniger spektakulär und lauthals, sondern eher still und klammheimlich, völkisches "Kultur- gut" zu verbreiten.



Längere Diskussionen hat es bei uns um die Frage gegeben, ob die Ausschreitungen der Mitarbeiter der Gemeinde Adendorf gegenüber den Asylbewerbern hier unter dem Stichwort "Neofaschismus" dokumentiert werden sollen - in einer Reihe mit terroristisch-faschistischen Organisationen wie die FAP. Es spricht einiges dagegen, etwa das Argument, der Faschismus könne dadurch verharmlost werden. Wir haben uns für den Abdruck entschieden, weil der Faschismus heutzutage nicht nur mit Hakenkreuz und SS- Rune daherschreitet. Heute ist es auch die Überheblichkeit gegenüber und die Diskriminierung der Ausländer, die Behandlung von Menschen anderer Hautfarbe als "minderwertig", die nur eine andere Form des Rassismus darstellen - auch die öffentlichen Äußerungen zum Adendorfer Skandal zeigen dies. Und da heißt es für uns "Wehret den Anfängen!"

Daß der Neofaschismus im letzten Jahr auch in Lüneburg an Einfluß gewonnen hat - wenngleich die Übergriffe der Skins in ihrer Anzahl abnahm - , beweisen die hier abgedruckten Dokumente sowie die folgenden Tatsachen schlaglichtartig :

- Die traditionelle Organisation des Neofaschismus, die NPD, konnte bei den letzten Wahlen im Januar 1987 ihr Wahlergebnis in Lüneburg verdreifachen. Im Lüneburger Wahlkreis erzielte die NPD ihr vierthöchstes Wahlergebnis in ganz Niedersachsen - und dies ohne größere öffentliche Agitation, ohne Veranstaltungen und andere größere Wahlkampfaktivitäten.
- Im Lüneburger Tiergarten liegen 256 KZ- Häftlinge begraben; Angehörige vieler Nationen, Kinder, Frauen und Männer. Im April 1945, wenige Tage vor der Befreiung vom Faschismus , wurden sie von SS- Bewachern zusammengetrieben und erschossen. Ein Gedenkstein und eine kleine Grabanlage weisen seither auf diese faschistische Greuelthat hin. Im Herbst und ein zweites mal im Winter 1987 wurde der Gedenkstein und wurde die gesamte Anlage beschmiert mit Hakenkreuzen und Hetzparolen wie "Juden raus" u.a..

Welch faschistische Energie zeigt sich hier in Lüneburg!

Das war nicht das Werk von " dummen Jungs ", wie die politische Polizei und wie Regierungsparteien nach solchen faschistischen Taten immer wieder behaupten: " Der Schoß ist fruchtbar noch...!"

Lüneburg, Februar 1988



# 2. NORDDEUTSCHES FORUM

Der WDR-Rundfunk berichtete Mitte Januar 87: Vier Mitglieder des rechtsextremen Bundes heimattreuer Jugend wurden am Dienstagabend vom Jugendschöffengericht Lüneburg wegen gemeinschaftlichen Raubes zu einer Freiheitsstrafe von je 6 Monaten verurteilt. Das Gericht setzte die Strafe auf 3 Jahre zur Bewährung aus. Die vier Jungen Männer... im Alter von 19 bis 22 Jahren hatten an dem "Norddeutschen Forum" vom 4.-6. April 1986 im Lüneburger Schützenhaus teilgenommen. Mitveranstalter war auch der "Bund heimattreuer Jugend", vom Niedersächsischen Verfassungsschutz als rechtsextremistisch und mit Verbindungen zu anderen neo-nazistischen Gruppen und den Skinheads eingestuft. Im Verlauf der Veranstaltung kam es zu Auseinandersetzungen mit einer Gruppe von Gegendemonstranten, darunter auch einem 40jährigen Fotografen aus Hamburg. Er hatte die Veranstaltungsteilnehmer fotografiert, worauf die Polizei auf deren Ersuchen den Film beschlagnahmte. Als er dann die Kennzeichen der von Teilnehmerfahrzeugen notierte, bat die vier Angeklagten die Polizei erneut, einzuschreiten. Da diese keinen Anlaß zum Handeln sah, versuchten die vier jungen Männer auf eigene Faust, die Zettel zu bekommen...

In seiner Urteilsbegründung betonte das Jugendschöffengericht die politischen Hintergründe des Tatbestandes... Und entgegen den Aussagen der Angeklagten und der Verteidigung, die das "Norddeutsche Forum" als Folkloreveranstaltung wertete, seien sie Teilnehmer einer politischen Veranstaltung gewesen... Da die Angeklagten und der als Zeuge geladene Fotograf unterschiedliche Angaben zum Tathergang machten, mußte das Gericht entscheiden, welche Aussage glaubwürdiger sei... Der Glaubwürdigkeit der Angeklagten standen nicht nur Erinnerungslücken, sondern vor allem die Tatsache entgegen, daß sie nur eine gemeinsame Erklärung durch einen ihrer Anwälte zum Tathergang abgaben. Das Gericht müsse daher annehmen, daß ihre Aussage abgesprochen sei...

## Anmerkung:

1. Als Verteidigung der vier Neofaschisten fungierte das Lüneburger Rechtsanwaltsbüro Schimmelpfennig. Schimmelpfennig trat als Mitglied des Rates der Stadt des öfteren durch erzreaktionäre und revanchistische Sprüche hervor.
2. Durch die Veröffentlichungen des Antifaschistischen Arbeitskreises Lüneburg und durch ein Schreiben der VVN-BdA an alle Mitglieder des Rates der Stadt (einschl. Schimmelpfennig) wurde der neofaschistische Hintergrund des "2. Norddeutschen Forums" bekannt.
3. Schon im Vorjahre (1985) anläßlich des 1. Forums im Schützenhaus gab es öffentliche Erklärungen (u.a. vom SPD-Geschäftsführer per Leserbrief in der LZ) zum neofaschistischen Charakter dieser vom BfJ mitgetragenen Veranstaltungen.
4. Wenn nun die Anwälte der Neofaschisten im o.g. Prozeß behaupten, es handele sich beim "Forum" im o.g. Prozeß um eine "Folkloreveranstaltung", so hat dieses mit der "Wahrnehmung von Mandatsinteressen" nichts mehr zu tun - es handelt sich hier augenscheinlich um eine Lüge, deren Zweck offensichtlich ist: Verharmlosung der Organisationen des Neofaschismus.

Die 1

geschlossene Veranstaltung.  
während der Vorträge kein Einlaß.

Lüneburg

K

Arbeits

4



AZ 8.4.87

Auch Stadt Uelzen und Stadthallen-Pächter winken ab

Allgemeine Tagung  
8.4.87

## Protest: NS-Verfolgte gegen Treffen von Rechtsextremen

Uelzen. Die Briefe aus Lüneburg, die gestern früh auf den Schreibtischen von Bürgermeister Rudolf Froin, vom stellvertretenden Stadtdirektor Otto Lukat (Dr. Hechmann in Urlaub) und vom Stadthallen-Pächter Wolf Eckert lagen, machten die drei Herren mit einem Schlage hellwach: Darin protestiert die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes

— Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) gegen ein von rechtsextremistischen Gruppen für das Wochenende vom 24. bis 26. April in der Uelzener Stadthalle geplantes Treffen unter dem unverfänglichen Namen „3. Norddeutsches Forum“. Die VVN: „Tarnveranstaltung neofaschistischer Organisationen.“

Die protestierenden Nazi-Verfolgten der VVN-Kreisorganisation Lüneburg in einer Presse-Erklärung: „Ausrichterkreis, Referenten und Themen dieser Veranstaltung machen deutlich, daß diese Versammlung den Zweck verfolgt, erreaktionäre, revanchistische und neofaschistische Gruppen zusammenzuführen. Sie dient als Umschlagplatz für Theorien, Publikationen und Aktionsorientierungen der „Neuen Rechten“ und hat das Ziel, auch den nichtorganisierten neofaschistischen Kräften Aussprachemöglichkeit und Entlastung zu geben.“

Sie müssen es wissen, denn die Gruppierungen, die nun die Uelzener Stadthalle zum Versammlungsort erkoren haben, tagten sonst alljährlich im Frühjahr in Lüneburg. Wie denn überhaupt die Lüneburger Heide eine seltsame Anziehungskraft auf rechtsextremistische Gruppen auszuüben scheint. Die VVN hat Bürgermeister, Stadtdirektor und Stadthallen-Pächter auch gleich wissen lassen, welche Gruppierungen in Uelzen unter der Flagge „3. Norddeutsches Forum“ la- gen wollen: beispielsweise die „Deutsche Kulturgemeinschaft“ oder eine Gruppe mit dem hochtrabenden Namen „Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes“ oder die „Gesellschaft für freie Publizistik“ oder der „Bund Heimatfreier Jugend“.

Im „Verfassungsschutzbericht 85“ (ein neuerer liegt noch nicht vor) des Niedersächsischen In-

nenministeriums werden all diese Gruppen auf Seite 85 als rechtsextremistische Organisationen eingeordnet. Ein paar Seiten weiter wird ihre Wirksamkeit jedoch relativiert: „Die verschiedenen rechtsextremistischen Kultur- und Weltanschauungsvereinigungen wie ‚Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes‘ und ‚Gesellschaft für freie Publizistik‘ gehen in ihrer Bedeutung zurück. Durch interne Auseinandersetzungen und Überalterung verlieren sie ständig an Einfluß und Vermögen, es nicht, neue Mitglieder zu gewinnen.“ Offenbar ein ziemlich desolates Häuflein Ewiggestriger.

Otto Lukat nach Absprache mit Bürgermeister Froin zur AZ: „Wenn sich bestätigt, daß diese Gruppen dahinterstecken, werden wir nachhaltig auf den Stadthallen-Pächter einwirken, damit das Mietverhältnis nicht zustande kommt.“ Denn Bürgermeister und stellvertretender Stadtdirektor fürchten um den guten Ruf der Uelzener Stadthalle.

Doch ein Gespräch mit Wolf Eckert war zu dem Zeitpunkt schon so gut wie überflüssig geworden, denn auch er war längst alarmiert. Zum erstenmal war er mißtrauisch geworden, als sich vor ein paar Tagen die Polizei für die Veranstaltung zu interessieren begann, der Protestbrief der VVN ließ ihn klarsehen. Er hatte nämlich ahnungslos die Tagung für den 24. bis 26. April in sein Terminbuch eingetragen. Er konnte auch gar nichts ahnen,

denn angemeldet hatten sich seine nun unwillkommenen Gäste unter dem unverfänglichen Namen „Arbeitskreis für Kultur und Politik“.

Wolf Eckert zog sofort die Konsequenzen und übergab die ganze Sache seinem Anwalt. Mit dessen Hilfe bemüht er sich nun, die Veranstaltung zu stornieren. Eckert: „Wegen arglistiger Täuschung.“ Niemand also will die Rechtsextremen in Uelzen haben.

Doch auch die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes kommt im Niedersächsischen Verfassungsschutzbericht nicht ungeschoren davon. Sie steht auf der Linksaußenposition. Auf Seite 37 des Berichtes heißt es: „... unter maßgeblichem kommunistischen Einfluß steht die bereits 1949 gegründete VVN-BdA, die mit 13 500 Mitgliedern bundesweit die größte Vorfeldorganisation der DKP (Deutsche Kommunistische Partei, die Red.) ist. Fast alle wichtigen Funktionen sind nach wie vor mit Kommunisten besetzt, beginnend mit dem Generalsekretär Kurt Eriebach, der Mitglied des DKP-Parteivorstandes ist. Zahlreiche Mitglieder der Vorstände der Landes- und Kreisverbände... sind zugleich Mitglieder der DKP.“

Krach zwischen Rechtsaußen und Linksaußen und vielleicht Demos vor Uelzens Stadthalle — das hätte gerade noch gefehlt. Das will weder die Stadt noch Wolf Eckert, noch werden die Bürger es wollen.

AZ 27.4.87

## Letzte Nacht: Norddeutsches Forum abgesagt

Uelzen. Es war gestern abend kurz nach 22 Uhr, als Dr. Gernot Mörig, Mitveranstalter des sogenannten 3. Norddeutschen Forums, dem Uelzener Rechtsanwalt Heinz-Joachim Höfer seinen Entschluß mitteilte, die dreitägige Veranstaltung, die heute abend beginnen sollte, abzusagen. Dr. Mörig legte im Gespräch mit der AZ seinen Hauptgrund dar: Er habe um die Sicherheit der Teilnehmer und Referenten gefürchtet.

In der Tat hatte es, wie berichtet, gegen die geplante Veranstaltung erhebliche Widerstände gegeben. DGB Uelzen und Antifaschistischer Arbeitskreis Lüneburg, die beide das Norddeutsche Forum für eine rechtsextremistisch gefärbte Tagung halten, hatten für heute nachmittag und abend Gegen-demonstrationen angekündigt. Dr. Gernot Mörig hatte überdies die Information erhalten, daß radikale Chaoten aus der Ham-burger Halenstraßen-Szene mitmischen würden, und auch Uelzens Polizei hatte sich auf ein-niges vorbereitet. Gefährdung der Teilnehmer

und Redner mochte Mörig aber nicht verantworten, so blieb er die Veranstaltung ab, obwohl er gestern nachmittag vor dem Uelzener Amtgericht noch mit einem Antrag auf einstweilige Verfügung Erfolg gehabt hatte. Er hatte sie gegen Uelzens Stadthallen-Pächter Wolf Eckert erwirkt, der sich, wie berichtet, mit anwaltlicher Hilfe geweigert hatte, die Tagungsteilnehmer in die Stadthalle zu lassen.

Lesen Sie den ausführlichen Bericht und das Gespräch mit Dr. Gernot Mörig über seine Be- weggründe auf Seite 3





# VVN-Bund der Antifaschisten

- Kreisvereinigung Lüneburg -  
Postfach 1711  
2120 Lüneburg

Am 26. Juni soll das "Ostpreußische Landesmuseum" als Nachfolgeinstitution des "Ostpreußischen Jagdmuseum" in Lüneburg eröffnet werden. Zwei Namen stehen für dieses Museum:

## Ludwig Loeffke

Begründer des Ostpreußischen Jagdmuseums, Forstmeister a.D., Vors. des neofaschistischen "Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten" Lüneburg



*STRENG GENOMMEN* darf der Kreistag des Landkreises Lüneburg (Niedersachsen) mit seinem stellvertretenden Landrat Ludwig Loeffke (BHE) überhaupt nicht verhandeln. Der neugebildete Kreistag hat nämlich einen Beschluß seines Vorgängers vom 3. Oktober 1950 noch nicht aufgehoben, in dem es u. a. heißt: „Der Kreistag sieht sich außerstande, mit dem Zentralverband der vertriebenen Deutschen zusammenzuarbeiten, solange Forstmeister Loeffke an der Spitze dieser Organisation steht.“ Loeffkes Reden seien derartig mit „Demagogie und verhetzender Agitation“ gespickt, daß dem Kreistag eine Beschäftigung mit Loeffkes Argumenten nicht zugemutet werden könne.

## Freiherr Otto von Fircks

Vorsitzender des Fördervereins "Ostpreußisches Landesmuseum", ehem. Vorsitzender der faschistischen Deutschen Studentenschaft in Riga, im Krieg als SS- Obersturmführer im zentralen "Ansiedlungsstab" beim höheren SS- und Polizeiführer Wartheland, als "Führer des SS- Abschnitts XL11" (Gnesen) und beim SS- Rasse- und Siedlungshauptamt tätig. Als solcher war er beteiligt an Aus-, Um- und Ansiedlungsaktionen in dieser Gegend, bei denen unerwünschte Polen und Juden, meist nachts und überfallartig, aus ihren Höfen und Häusern vertrieben und durch sog. Volksdeutsche ersetzt wurden. Fircks war ebenfalls Besitzer eines 247-Hektar-Landgutes im Kreis Kutno, dessen polnische Eigentümer "ausgesiedelt" worden waren. (Nach: B. Engelmann, Großes Bundesverdienstkreuz)



Das Museum ist Teil des Konzepts der "kulturellen Breitenarbeit" der revanchistischen Kräfte in Vertriebenenorganisationen und CDU/CSU. Die Lüneburger Vertriebenenfunktionärin Barbara Loeffke hat ihr diesbezügliches Ansinnen auf die griffige und entlarvende Formel gebracht: "Die kulturelle Arbeit ist für uns nur Mittel zum Zweck Und der Zweck heißt: Rückkehr in die Heimat." (lt. Schlesier v. 29.6.84)

Die eifrigen Förderer und Verfechter dieses Museums haben kein Interesse an friedlichen, gutnachbarschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarstaaten im Osten und wenden sich in ihrer Politik gegen die bestehenden und völkerrechtlich abgesicherten Grenzen in Europa.

Wir fordern vom Stadtrat und von der Stadtverwaltung die sofortige Einstellung der politischen und finanziellen Unterstützung des Ostpreußischen Landesmuseums ebenso wie für den "Bund der Vertriebenen" Lüneburgs und seiner angeschlossenen "Landsmannschaften".

Jeder Mensch, der die unheilvolle Rolle kennt, die der Revanchismus in der Geschichte Deutschlands gespielt hat, kann nur mit uns die Auflösung all jener Organisationen und Institutionen fordern, die dem Ziel dienen, außerhalb der Bundesrepublik liegende Staatsgebiete erobern oder zurückgewinnen zu wollen und damit gegen Art. 139 des Grundgesetzes und gegen Völkerrecht verstoßen.

Gegenüber der Politik des Revanchismus verlangen wir die strikte Einhaltung und Umsetzung der in den Ostverträgen festgelegten Anerkennung der DDR (insbesondere der DDR- Staatsbürgerschaft) sowie der Grenzen Polens und der Sowjetunion. Die volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR, der polnischen und sowjetischen Grenzen steht immer noch aus!



## Neuer Vorstand

nh Lüneburg. Die Jungen Nationaldemokraten (JN) haben einen neuen Kreisvorstand. Zum Vorsitzenden wählte die Jahresversammlung im Gasthaus „Zum Roten Tore“ Michael Wittkuhn. Stellvertreter und Kreisbeauftragter für den Raum Lüchow-Dannenberg wurde Christian Müller aus Wustrow. Schriftführer und Pressereferent: Martin Schulze. Leiter des Ordnerdienstes: Wolfgang Nolte.

Ende  
Febr. 87

# LANDESZEITUNG

für die Lüneburger Heide

ZEIG AUCH DU EIN HERZ FÜR DEUTSCHLAND!

Am 25. Januar:  
**NPD**

NPD Kreisverband Lüneburg, Postfach 1871, 2120 Lüneburg

23.1.87

23.1.87

Aus Liebe zu Deutschland  
wähle ich **NPD**  
M. Wittkuhn

LOKALES

20.2.87

## Intakte Natur nicht opfern

iz Lüneburg. Beim Parteitag des NPD-Bezirksverbandes Lüneburg in Munster wählten die Delegierten den 47 Jahre alten Bankkaufmann Adolf Dammann (Stade) zu ihrem Bezirksvorsitzenden. Organisationsleiter des Bezirks wurde Wolfgang Nolte (25), Lüneburg.

In einem Entschließungsantrag sprach sich der Bezirksparteitag gegen das Großprojekt aus. Intakte Natur werde spekulativen ökonomischen Gesichtspunkten geopfert, hieß es dazu.

9.11.87

## Neuer Mann

nh Lüneburg. Horst Nolte aus Lüneburg ist vom Landesvorstand der NPD zum Landesgeschäftsführer berufen worden. Er löst Ulrich Eigenfeld ab. Nolte gehört dem Landesvorstand seit acht Jahren an, war zuletzt Leiter der Pressestelle Niedersachsen. Die Landesgeschäftsstelle wird im Mai nach Lüneburg verlegt.

24.11.87

## Jugendarbeit

nh Lüneburg. Die Jungen Nationaldemokraten (JN) in Lüneburg wollen im Ring der politischen Jugend ein Mitspracherecht bekommen. Die Mitglieder beschlossen jetzt, einen Antrag zu stellen. JN-Kreisvorsitzender Michael Wittkuhn begründete das mit steigender Mitgliederzahl und guter Jugendarbeit.

## Kandidat Förster (NPD):

22.1.87

# Deutsche Einheit in Freiheit

● Heino Förster (58), verheiratet, ein Sohn, Restaurantfachmann, NPD-Kreisvorsitzender, stellv. Bezirksbeauftragter, ist Kandidat der Nationaldemokraten:

„Wir sehen unsere wichtigste Aufgabe darin, den Frieden zu erringen und zu sichern. Unser Wille ist es, die lebensbedrohenden Gefahren abzuwehren und das Lebensrecht unseres Volkes zu bewahren. Eine dauerhafte Friedensordnung für Europa ist nur durch die Auflösung der Konfrontationslinie mitten durch Deutschland möglich. Voraussetzung hierfür ist die Einheit Deutschlands und die Auflösung der bestehenden Blocksysteme. Die Vormundschaft durch die

UdSSR und die USA muß überwunden werden.

In der Bundesrepublik droht die freiheitlich-demokratische Grundordnung durch Manipulation der öffentlichen Meinung in der alltäglichen Praxis außer Kraft gesetzt zu werden. Die Spaltung Deutschlands und die Stationierung fremder Truppen in Deutschland steht dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes entgegen.

Wir Nationaldemokraten treten für eine Demokratie ein, in der der Wille des Volkes sich frei entfalten kann. Die nationale Unabhängigkeit in Freiheit ermöglicht einen demokratischen deutschen Rechtsstaat. Der innere Friede wird durch den Massenzustrom von Ausländern gefährdet. Den Angehörigen anderer Völker, die hier einen Arbeitsplatz auf Zeit innehaben, muß die Möglichkeit gegeben werden, ihre nationale Identität zu bewahren; nicht zuletzt um ihnen die Rückkehr in ihre Heimatländer zu erleichtern.

Wir Nationaldemokraten werden gegen jeden Versuch aufgehen, die deutsche Geschichte zu verfälschen und Ideen aus der Gruft des Karl Marx in die Jugend zu tragen.

Oberstes nationaldemokratisches Ziel ist ein einiges Deutschland in seinen geschichtlichen Grenzen, das als blockfreier Mittler zwischen Ost und West einen wichtigen Beitrag für eine friedliche Zukunft Europas leistet. Da Unrecht nicht dem Frieden dient, wird die völkerrechtswidrige Abtrennung deutscher Gebiete nicht anerkannt.“



Heino Förster kandidiert für die Nationaldemokraten. Foto: Tegeler

DEUTSCHE STIMME

Deutsche Stimme

KV Lüneburg, jeden 3. Montag im Monat, 20 Uhr, NPD-Forum, Hotel Scheffler.

7



# Nationaldemokratische Partei Deutschlands **NPD**

Kreisverband Lüneburg

Postfach 1871 - 2120 Lüneburg

Verteiler:

- M L 212
- I1 L 212
- I2 L 212
- I3 L 212

F.d.R.:

Mit freundlichen Grüßen

**NPD** Kreisverband Lüneburg  
gez. Heino Förster  
Kreisvorsitzender

## NIEDERSACHSEN SPIEGEL

Norddeutsche Stimme

Organ des NPD-Landesverbandes  
Niedersachsen



NR. 5

Mai 1986 | 9. Jahrgang



Deutsche wieder  
nationalbewußt

Das Nationalbewußtsein  
bürger hat sich  
nen Jahren  
Bei

**NACHRICHTEN**

Infos aus dem KV Lüneburg

erscheint nach Bedarf

*Keine Erlöse für Bonzen und Parasiten*

**NIEDERSACHSEN  
SPIEGEL**

erscheint zur Monatsmitte

Herausgeber: NPD / Landesverba  
Niedersachs

Schriftleitung: Horst Nolte (V.i.S.d.  
Lüneburg; George Fath, Harsefeld.  
Anschrift: 2120 Lüneburg, Postf. 23  
Telefon: (04131) 37326 + 59937  
Niedersachsen, Olde  
Hannover (BL

**Brot für  
die Welt**



Malte Holzer, Finkenberg 6,  
2124 Amelinghausen  
oder:  
J.f.D., Postfach 2332; 2120 Lüneburg







**DEUTSCH  
IST  
TRUMPF!**



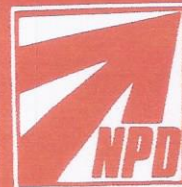
**Junge Nationaldemokraten** 

Postfach 1431, 2160 Stade

Druck: E.I.S., V.I.S.d.P.: Hansjochim Berni, Holzstr. 49, 8000 München 5

*Aufkleber,  
Innenstadt*

**AUSLÄNDER.  
STOPP  
DEUTSCHLAND  
DEN  
DEUTSCHEN**



**NATIONAL-  
DEMOKRATEN**

Herausgeber: NPD-Partei Vorstand  
Postf. 2881 · 7000 Stuttgart 1

Verantwortlich: Udo Holtmann · Eigendruck



Heute lesen Sie:

Zigeuner I Zigeuner II

NPD-Erfolg! (Was der „Vorwärts“ schreibt!)

Vertriebene empfehlen: Nationaldemokraten wählen!

Deutschlands Einheit kommt bestimmt

Lesen und weitergeben

# DEUTSCHE STIMME

12. Jahrgang Nr. 1/Januar 1987

Einzelpreis 2,- DM

Nationaldemokratische Zeitung

Auflage 238500

Ausgabe E 8027 E

## Entscheidung für Deutschland: NATIONALDEMOKRATEN!

KHV. - Im nationalen Lager, das heißt bei jenen Millionen Wählerinnen und Wählern, die ein HERZ FÜR DEUTSCHLAND und für das deutsche Volk haben, weiß man: Am 25. Januar 1987 gibt es rechts von der CDU/CSU keine Zersplitterung, es gilt jetzt die Stimmen aller Patrioten bei den Nationaldemokraten zu vereinigen. Nur die Nationaldemokraten kann man in jedem Wahllokal der Bundesrepublik Deutschland wählen. Damit hat nur die NPD die Möglichkeit zu einem Wahlerfolg!

Jeder kann sich die wahlentscheidenden Fragen selbst beantworten: Sind Sie damit einverstanden, daß mehr und mehr Aus-

länder in unser Land strömen? Daß Hunderttausende Schein- und Wirtschaftsasylanter-

dem durch das Anpacken von Gemeinschaftsaufgaben wie Lebens-, Boden-, Wald- und Gewässerschutz endlich beseitigt wird?

Sind Sie mit uns der Meinung, daß es vernünftige Arbeit in H...

Wollen Sie, daß im Deutschen Bundestag mit Augenmaß und Vernunft die nationalen Interessen des deutschen Volkes vertreten werden?

Haft...

*Seite 1...*

1/1987

DEUTSCHE STIMME

### Oberbürgermeister Horst Nickel spielte Schicksal

#### Gesucht und gefunden wurde der „Engel von Lüneburg“

In ihrer Reihe über ostdeutsche Oberbürgermeister in der Bundesrepublik Deutschland veröffentlichte die „Kulturpolitische Korrespondenz“ am 15. November 1985 einen Beitrag von Helmut Pless, dem ehemaligen Chefredakteur der Lüneburger „Landeszeitung“, über Horst Nickel, den aus Elbing in Westpreußen stammenden Oberbürgermeister. Dieser Artikel führte dazu, daß ein heute in Nürnberg lebender Sudetendeutscher das Lüneburger Mädchen wiederfand, das ihm 1945 zur Flucht aus dem Kriegsgefangenenlager verholfen hatte.

Sie hatten sich beim Abschied im Mai 1945 noch einmal zugewinkt, der Soldat aus dem Sudetenland und die Lüneburger Deern. 41 Jahre danach fielen sie einander jetzt auf dem Bahnhof in die Arme. Tags darauf ließ sich Oberbürgermeister Horst Nickel von Wolfgang Rittig aus Nürnberg und der Lüneburgerin Irene Bohlmann die abenteuerliche Geschichte ihres Wiedersiehens schildern. Denn er hatte dabei ein wenig Schicksal gespielt. Nun konnte er die dokumentarischen Fotos von damals und heute als „erledigt“ obenauf in den Ordner auf seinem Schreibtisch legen. Die Akte trägt die Aufschrift „Engel von Lüneburg“.

Natürlich hat Horst Nickel den wunderschönen Heimatfilm-Titel nicht selbst erfunden. Der taucht vielmehr unter dem 15. Dezember vorigen Jahres zum ersten Mal in der täglichen Vorlagemappe mit Post an Lüneburger Bürger Nr. 1 auf - als Hilfsersuchen aus Bayern. Von dort aus sucht ein Mann seit langer Zeit nach dem mutigen

Mädchen, das seine Kriegsgefangenschaft auf wenige Tage verkürzte. In seinem landsmannschaftlichen Blatt „Sudetendeutsche Zeitung“ habe er, schrieb der Bittsteller, einen Bericht über den Oberbürgermeister gelesen, den das Kriegschicksal gleichfalls nach Lüneburg verschlug, wo er blieb und später die Witwe eines gefallenen Kameraden heiratete.

Über Lehrerberuf und politische Mandate in Stadtrat und Landtag habe es der unbekannt Soldat aus Elbing zum Oberbürgermeister und zugleich Bürger mit dem höchsten Bekanntheitsgrad gebracht. Der Bericht war über die Kulturpolitische Korrespondenz (KK) verbreitet worden. Dieses Nickel-Porträt war als Beispiel einer Vertriebenen-Karriere in verschiedenen Zeitungen der landsmannschaftlichen Presse erschienen. „Beim Lesen ging in meinem Kopf ein Fensterladen auf, und ich sah wieder die mehr als vierzig Jahre zurückliegenden Erlebnisse...“, schrieb der Bittsteller. Und er fragte den

OB als Mann der gleichen Kriegsgeneration, ob er wohl einem Schicksalsgefährten helfen könne. Nämlich, jenes Lüneburger Mädchen wiederzufinden, das ihm im Frühjahr 1945 zur Flucht aus der Gefangenschaft und zum Start in ein neues Leben verholfen habe. Gesucht: Der Engel von Lüneburg.

Der Brief aus Nürnberg blendete zurück auf den Mai 1945, dem Monat des deutschen Zusammenbruchs und der bedingungslosen Kapitulation. Kriegsgefangene unter freiem Himmel am Lüneburger Stadtrand „in einer Abdeckerei“ (Der Briefschreiber meinte die inzwischen längst abgerissenen Scheidemandel-Motard- Werke an der Dahleburger Landstraße). Tausende häu-

sten zusammengepfercht in selbstgegrabenen Erdlöchern, dürftig verpflegt, aber auch schwach bewacht. Die Bevölkerung steckte ihnen Nahrung zu und fragte nach Angehörigen. „So begegnete ich meinem Engel von Lüneburg“, einem jungen Mädchen von 14 Jahren. Zuerst

suchte sie nach ihrem Bruder. Bald brachte sie auch Essen mit und schließlich reichte sie mir am dritten Tag eine Ziviljacke und eine Zivilhose durch den Stacheldraht. Draußen war ich. So sind mit Hilfe der Lüneburger Bevölkerung Hunderte von deutschen Soldaten entwischt. Das Mädchen hat mir dann auch noch ein Fahrrad besorgt. Damit trampelte ich in etwa zwei Wochen bis in meine Heimat... wo mich dann freilich die Tschechen wieder hinter Stacheldraht setzten. Das Mädchen hieß damals Irene Paasche, Geburtsjahr 1931 und die Adresse war Schwalbenweg oder Schwalbenstraße 31...

41 Jahre später ist die Stirn des Ex-„Prisoner of War“ und heutigen Frührentners etwas höher und der Gürtel einige Löcher länger geworden. Sein Engel von Lüne-

burg, Irene Bohlmann, geborene Paasche, vom Schwalbenweg 29, Mutter von zwei großen Söhnen, trägt längst keine dicken Zöpfe mehr wie einst als „Jungmädle“. Dennoch: „Wir haben uns auf Anhieb schon auf dem Bahnhof erkannt und abgekündigt“, sagt sie. Zum großen Dankeschön brachten beide - auch Wolfgang Rittig ist Familienvater mit einer erwachsenen Tochter und einem Sohn - ihre Ehepartner mit ins Rathaus. Oberbürgermeister Nickel hat mit Hilfe der Einwohnerkartei die verworrenen Schicksalsfäden aufgeribbelt und wieder neu verknüpft. Und daß sich Wolfgang Rittig damals auf Anraten von Irenes Vater (er war bei der Bundesbahn) für Papiere und Lebensmittelpapiere einige Jahre jünger machte, wozu ihn sein Engel von Lüneburg in kurze Kinderhosen des gefallenen Bruders steckte, ist als Tatbestand wohl verjährt. Was allein bleibt, ist die Erinnerung an eine gute Tat. Denn vor 41 Jahren wurden Mut und Menschlichkeit im Zeichen des schwarzen Marktes nicht notiert...

Helmut Pless (KK)



Von ls. n. rs.: Wolfgang Rittig, Oberbürgermeister Horst Nickel, Irene Bohlmann

Dieser Artikel erschien zuvor in der Lüneburger „Landeszeitung“ (LZ) Ein LZ-Artikel der den Neonazis so gut gefiel, daß sie ihn übernahmen, das sollte zu denken geben!





Libanesen in Dahlenburg haben Angst**Skinheads bedrohen Asylbewerber**

bs Dahlenburg. Eine Gruppe von Skinheads hat in der Nacht zum vergangenen Sonnabend zwei libanesische Asylbewerber-Familien in Dahlenburg bedroht. Ein 19 Jahre alter „Glatzkopf“ wurde vorübergehend festgenommen. Das teilte die Polizei gestern mit.

Freitag, 22.15 Uhr, Lüneburger Landstraße: Die Skinheads stürmen in das Mehrfamilienhaus, in dem zwei libanesische Familien wohnen. Im Flur brüllen die Randalierer rechtsradikale Parolen. Sie treten eine Glastür ein, marschieren in die Wohnung einer Familie. Bomberjacke, Fliegerstiefel, kahlgeschorener Kopf — allein schon der Anblick der Skinheads macht den Libanesen angst. Die Kinder verstecken sich hinter Möbeln, flüchten in andere Zimmer — sie sind geschockt. Einem Libanesen gelingt es, die Polizei zu rufen. Als die Beamten eintreffen, sind die Störenfriede

bereits getürmt. Verletzt ist zum Glück niemand.

Aus Angst, die glatzköpfigen Eindringlinge könnten zurückkommen, verlassen die 14 Libanesen ihre Wohnungen. Ein Familienvater bestellt ein Taxi, fährt mit Frau und Kindern nach Lüneburg zur Polizeiwache — dort verbringen sie die Nacht. Die andere Familie sucht beim Pastor Unterschlupf, übernachtet in der Kirche. Seitdem fürchten sich die Asylbewerber vor erneuten Angriffen.

Nach einstündiger Fahndung schnappt die Polizei einen der Skinheads. Der Festgenommene behauptet, er sei allein bei den Libanesen gewesen. Die Asylbewerber dagegen berichten der Polizei von mindestens drei „Einbrechern“. Gegen den Skinhead, der in der Samtgemeinde Dahlenburg wohnt, wurde Anzeige erstattet. Die Kriminalpolizei ermittelt jetzt weiter.

Der Überfall auf die Asylantenwohnungen in der Samtgemeinde Dahlenburg wurde von einem dort wohnenden Skinhead initiiert. Es gelang ihm zwei weitere Jugendliche in den Überfall mit einzubeziehen. Gemeindeverwaltung und Kirchengemeinde zeigten dem Neonazi ihre Empörung und Ablehnung, so daß eine Wiederholung bzw. Ausdehnung ausländerfeindlicher Aktivitäten in Dahlenburg unterblieb, und dieser Überfall den Neonazis keine weitere Anziehungskraft gab.

12

Nach Bedrohung von Asylbewerbern durch Skinheads in Dahlenburg:**Libanesen zurück in die Heimat**

bs Dahlenburg. Der Vorfall in der Asylbewerber-Unterkunft in Dahlenburg in der Nacht zum 12. September, als zwei libanesische Familien von randalierenden Skinheads bedroht wurden, war jetzt Thema in der Sitzung des Samtgemeinderates Dahlenburg. Die Grünen hatten dazu eine Anfrage gestellt.

Wie berichtet, hatten Skinheads die Wohnungstür einer Familie eingetreten und rechtsradikale Parolen gebrüllt. Verängstigt und erschrocken flüchteten alle 18 Libanesen aus dem

Haus. Eine Familie übernachtete zunächst bei der Polizei in Lüneburg, die andere in der Dahlenburger Kirche. Die Polizei nahm noch in der selben Nacht einen 19 Jahre alten Skinhead aus der Samtgemeinde Dahlenburg vorübergehend fest.

Inzwischen, so Samtgemeindedirektor Alfred Söhl, habe eine Asylbewerber-Familie Dahlenburg verlassen — die sechs Libanesen sind wieder in ihre Heimat zurückgekehrt. „Die Familie hatte schon lange vor dem Zwischenfall ins Auge

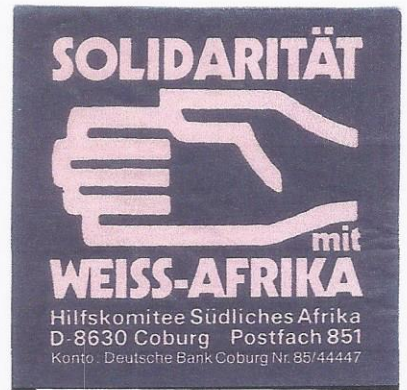
gefaßt, wieder im Libanon zu leben“, sagte Söhl. Die Bedrohung durch die Skinheads habe jetzt den Ausschlag gegeben. Fest stehe, daß drei Skinheads in die Unterkunft an der Lüneburger Straße eingedrungen seien, wobei der 19jährige vermutlich der Anstifter war.

„Was dort passiert ist, hat uns alle erschüttert“, sagte der Samtgemeindedirektor. Am vergangenen Dienstag setzten er und Samtgemeindebürgermeister Bernhard Stolte sich mit Vertretern von Jugendamt und

Polizei an einen Tisch. Die Erläuterungen der Polizei hätten ergeben, daß die Aktion von den Skinheads nicht geplant war sondern eher eine aus dem Zufall geborene Tat gewesen sei. Die Fraktionen im Samtgemeinderat waren sich einig, daß über dieses Problem möglichst bald in einer Ausschusssitzung diskutiert werden soll.

Da nun sechs Libanesen in ihre Heimat zurückgekehrt sind, leben derzeit noch zwölf in Dahlenburg — schon bald werden neue Asylbewerber dort wohnen.





Gegen den Widerstand aus den Reihen setzte die Hochschule Lüneburg eine Jubelfeier auf den ehem. Prof. der Hochschule, Heinrich Spitta, für den 22. März 87 durch.  
Nach Informationen des ASTA dichtete und komponierte Spitta 1933 in seinem Lied "Erde schafft das Neue":  
"Himmlische Gnade uns der Führer gab, wir geloben Hitler Treue bis ins Grab."

*LZ 11.4.87*

### Punker wurde angegriffen

lz Lüneburg. Bei der Schlägerei am Donnerstag in der Bäckerstraße erlitt nicht ein Skinhead, sondern ein Punker einen Nasenbeinbruch.

Laut Polizei kam es zu der Verwechslung, weil die Anzeige des Verletzten noch nicht schriftlich aufgenommen worden war. Der Punker war von etwa zehn Skinheads zusammengeschlagen worden, so die Polizei.



Mein Kampf; alte dt. Landkarten u. Städteans.; Olympiabände v. 1936 u.a. OLB; FWM-Bücher, Briefmarken (auch einz.), 5,-; Gedenkmünzen. Tel. 47473  
*Lünepost*

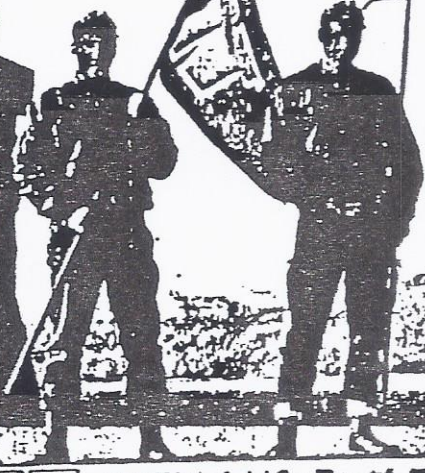
### Mit Stiefeln ins Gesicht getreten

hdr Lüneburg. Zu einer Schlägerei zwischen Skinheads und Punkern ist es gestern nachmittag in der Bäckerstraße gekommen. Mit stark blutenden Verletzungen mußte der Lüneburger Florian S. (22) ins Krankenhaus gebracht werden, nachdem ihm der Skinhead Christian B. (19) ins Gesicht getreten hatte.  
Nach Auskunft der Polizei waren drei Skinheads nach einem heftigen Wortwechsel „ohne zu zögern“ auf drei Punker losgegangen. Mit seinen schweren Schnürstiefeln trat der kahlgeschorene B. auf den mit den Punkern befreundeten S. ein, so die Polizei. S. wurde an Nase und Mund verletzt.  
Mit fünf Streifenwagen rasten elf Polizeibeamte zum Ort des Geschehens, nahmen die Skinheads vorläufig fest. Einer von ihnen hatte eine Schreckschußpistole bei sich. Den drei Glatzköpfigen wurden Blutproben entnommen, anschließend wurden sie entlassen, so die Polizei.

*LZ 30.7.87*



Deutschland ist uns  
zu wichtig, als dass wir  
es seinen Feinden  
überlassen werden



**NF** 48 Bielefeld 1 - Postf.  
**NATIONALISTISCHE FRONT**

„2/3 unseres  
deutschen  
Volkes  
sind für

**Ausländer  
raus!**“

„Des Volkes Wille ist  
unser Auftrag!“

*Klartext*

Postfach 2236 4830 Gütersloh 1

*Aufkleber, Kaltmos*



**NF** 48 Bielefeld 1 - Postf. 6110  
**NATIONALISTISCHE FRONT**

14



# Nationalistische Front

Die 10 Punkte.



## 1. Befreiungsnationalismus

Deutschland den Deutschen – Europa den Europäern. Wir tragen die Fackel der Freiheit.

## 2. Gesamtdeutschlands Einheit und Volkraum

Deutschland hat den Volksraum weitgehend verloren, in dem es in seiner geschichtlichen Entwicklung gewachsen ist. Der besetzte Rest ist mehrfach zerteilt mit der Absicht, die nationale Einheit des Deutschen Volkes zu vernichten. Der Raub großer Teile unseres Volksbodens bedeutet langfristige Zerstörung der Deutschen Nation und ihrer räumlichen Lebensgrundlagen. Die Zerstückelung Deutschlands spaltet gleichzeitig Europa und verurteilt es zur Ohnmacht. Daher verlangt der Einsatz für die Zukunftssicherung der Nation die Schaffung eines gesicherten und geeinten Lebensraumes der deutschen Menschen in Europa. Wir zerbrechen die Ketten Deutschlands.

15



### 3. Nationale Identität

Die Deutsche Nation ist durch die Einwanderung von Millionen Ausländern aus fremden Kulturkreisen, vor allem aber durch die damit einhergehende antideutsche Propaganda der Selbstentfremdung in ihrer nationalen Identität bedroht.

Daher verlangt der Einsatz für die Bewahrung der Volksidentität, der Lebenswerte und der Wesensart der Deutschen Nation nachdrücklichen Kampf gegen das System der nationalen Selbstaflösung, gegen weitere fremdvölkische Einwanderung und für die Heimführung der Ausländer. Dieser Kampf ist gleichzeitig ein Einsatz für die Selbstverwirklichung des Deutschen Volkes im eigenen Volksraum wie ein Einsatz für die Selbstverwirklichung der in ihrer Identität bedrohten Ausländer.

Wir bringen die nationale Solidarität.

### 4. Kampf der Völkerverhetzung

Daher verlangt der Einsatz für einen deutschen Selbstbehauptungswillen die Zerschlagung der Meinungskartelle des gelenkten antideutschen Selbsthasses und die Beendigung ausländischer Einflußnahme, welche die deutsche Geschichte ausschließlich aus brutalem machtpolitischem Interesse verfälscht.

Wir tragen den Überlebenswillen der Deutschen Nation und den Willen zur historischen Aussöhnung bislang verfeindeter Völker. Das Deutsche Volk im Zustand ständiger Anklage zu halten, bedeutet Verewigung des Völkerhasses und der Volksverhetzung, bedeutet Herabsetzung der Opfer und Leiden des eigenen Volkes. Wir verlangen Ehrfurcht vor der eigenen opfervollen Geschichte, Wiedergutmachung des Deutschland nach 1945 zugefügten Unrechts und Schluß mit der Volksverhetzung.

### 8. Gesunde Familie im gesunden Volk

Negative Leitbilder, Zersetzungspropaganda, Verlust der Zukunftshoffnung, Leistungsstreß, Mietwucher und zerstörerische Baupolitik haben die Familie als kleinste Trägereinheit menschlichen Lebens und als Ort der engsten Zuwendung von Menschen zueinander nahezu vernichtet. Unlust, Zukunftsangst, Abtreibungsmentalität haben uns zu einem absterbenden und kranken Volk gemacht.

Daher verlangt der Kampf für ein biologisch gesundes Volk mit gesundem Nachwuchs die nachdruckliche Durchsetzung und Förderung des Familiengedankens. Die Sozialpolitik einer lebensrichtigen Humanität hat daher nicht der Unterstützung sozialer, kultureller oder ausländischer Randgruppen, sondern ausschließlich der Förderung und Sicherung der deutschen Familie und des eigenen Volkswachstums zu dienen.

### 9. Volksgemeinschaft heißt Sicherheit

Die gesellschaftliche Verfassung des Deutschen Volkes entwickelt sich zu einem Tollhaus. Kinderprostitution, Rauschgift, Anerkenntnis jeder Abartigkeit, organisierte Schwerekriminalität, Massenkriminalität und Landesverrat wachsen konsequent aus der öffentlichen Stimmungsmache gezielter Gemeinschaftszerstörung und aus dem Korruptionsgeist der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Daher verlangt der Kampf für die Sicherheit unseres Volkes im Innern zusehender Beseitigung jeder gemeinschaftszerstörenden Propaganda, verlangt neuen Gemeinssinn, verlangt Zukunftsziele, dann aber auch drastische Maßnahmen gegen Korruption, Kriminalität und Verrat.

Wir tragen die Zukunftshoffnung eines jungen, gesunden Volkes.

**Deutscher steh auf!  
Komm zu uns.**





Postfach 70 06 04, 2000 Hamburg 70

Deutsche Arbeiter  
für deutschen  
Sozialismus



Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei  
R. Dohren, Postf. 100362, Kempen

**Türkler  
disariya!  
Türken  
caus!**

FAP-Niederrhein  
Postfach 100362  
2000 Hamburg 70

**Freiheit  
für**



**Michael  
KÜHNEN!**

FAP-Niedersachsen  
Postfach 510372  
3000 Hannover 51

RÄUMT DIE  
HAFFEN



Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei  
Postfach 51 03 72, 3000 Hannover 51  
V.i.S.d.P.: U. Ahrens, Schwarz 8, 3 Mem. 1

*Hilfkeber,  
Kaltenmoor und  
Innenstadt*

## Jetzt muß Schluß

- mit der Ausländerflut  
die FAP fordert: Ausländerrückführung !
- mit der Arbeitslosigkeit  
die FAP fordert: deutsche Arbeitsplätze  
für deutsche Arbeitnehmer !
- mit dem Integrationswahnsinn  
die FAP fordert: kein Wahlrecht  
für Ausländer !
- mit der Umweltvernichtung  
die FAP fordert: eine saubere Umwelt  
für ein gesundes Volk !
- mit dem Märchen vom bösen Deutschen  
die FAP fordert: Richtigstellung der  
deutschen Geschichte und Freiheit  
für Rudolf Hess !

Freiheitliche  
Deutsche Arbeiterpartei



V.i.S.d.P.: U. Ahrens

FAP - Hamburg Postfach 70 06 04 2000 Hamburg 70





Nun ist die fast ein halbes Jahrhundert währende schwerste Einzelhaftierung durch die „Menschenrechtsstaaten“ in Spandau beendet. Der Mann, der durch den historischen Flug nach England sein Leben für den Frieden einsetzte,

eine Anzeige aus der in Uelzen erscheinenden "Allgemeinen Zeitung" im August 1987

## RUDOLF HESS

hat seinen Kampf für Deutschland bis zum bitteren Ende bestanden. -

**Bis zum Tode!**

Zu Rudolf Heß paßt das Wort „Rache“ nicht.

Wir werden ihm das Denkmal setzen, das seine Feinde ihm verwehren wollen. Wir sind vielleicht die letzten von gestern, aber wir sind auch die ersten von morgen.

Wir werden Rudolf Heß in alle Zukunft tragen!

**Niemand kann uns hindern!**


Mit tiefem Mitgefühl sind unsere Gedanken auch bei seinen Angehörigen, die sein Heldentum mittragen mußten und müssen. Wir stehen an ihrer Seite.

Hans-Herbert Meyer, 3116 Hohnstorf,  
Kapellensteig 4  
Annagertrude Behn, Rohrstorf  
Walter Benecke, Kamen  
Almut Braesel-Behn, Rohrstorf  
Ernst Braesel-Behn, Rohrstorf  
Gisela v. Cölln, Bad Bevensen  
Dietlinde Fachmann, Hohenbostel  
Gerhard Fachmann, Hohenbostel  
Helga Fachmann, Hohenbostel  
Wolfgang Fachmann, Hohenbostel  
Irmgard Hanke, Beuren  
Reinhild Hanke, Beuren

Erich Meyer, Uelzen  
Fanny Meyer, Hohnstorf  
Therese Meyer, Hohnstorf  
Lotte Müller, Breselenz  
Herbert Niebuhr, Uelzen-Veerßen  
Hildegard Schledewitz, Uelzen  
Klaus-Wolfram Schledewitz, Uelzen  
Dr. Roland-Alexander Schledewitz,  
Bad Zwischenahn  
Erwin Schultz, Uelzen  
Friedrich Veeh, Bad Bevensen  
Irmgard Ziegler, Bad Bevensen  
Zierenberg, Grünhagen



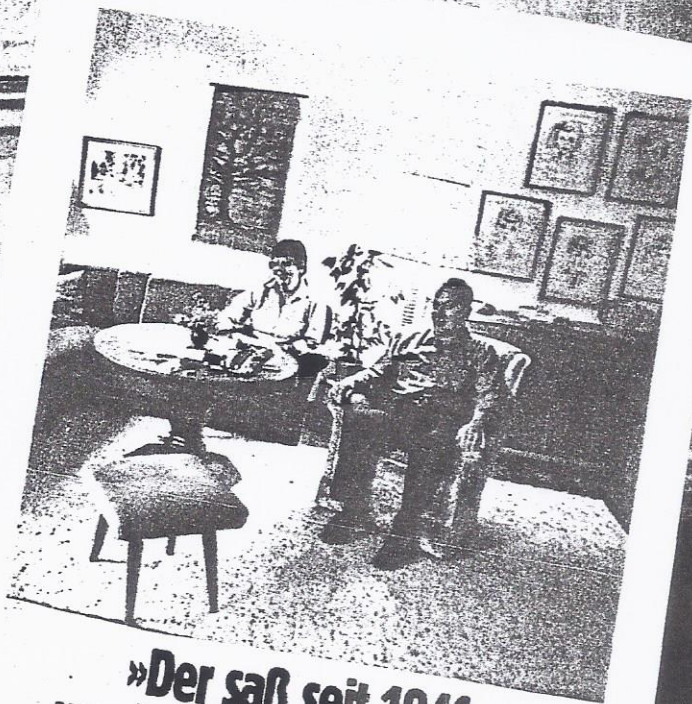
*Stern  
August 87*



**Der Selbstmord des letzten Kriegsverbrechers in alliierter Haft, Rudolf Heß, wühlte den rechten Bodensatz der Bundesrepublik auf: In Tageszeitungen gaben unverbesserliche Altnazis Traueranzeigen auf, quer durch die Bundesrepublik schmierten junge Neonazis »Rache für Heß«**

# Der braune Sumpf





**»Der saß seit 1941  
unschuldig im Gefängnis«**

Ernst Braesel-Behn, 66,  
und seine Frau Almut, 51, bewirtschaften einen  
Bauernhof in Rohrstorf

Der Rentner Hans-Herbert Meyer, 77,  
und seine Frau Fanny, 75,  
aus dem niedersächsischen Hohnstorf  
gaben für Rudolf Heß eine ganzseitige  
Traueranzeige im »Uelzener Anzeiger« auf.  
Auch 22 Gleichgesinnte unterzeich-  
neten mit ihrem Namen

**»Eine Schande,  
daß man  
diesen Mann zu Tode  
gefoltert hat«**





Der Uelzener Fabrikant und Pferdenarr Herbert Niebuhr, 75, war einst in der Reiter-SA. Der Unterzeichner der Heß-Anzeige sagt von sich: »Ich bin kein Demokrat.«

Ein Bericht von Wolfgang Barthel mit Fotos von Jürgen Gebhardt

**E**r hört schlecht, seine Umwelt nimmt er nur noch durch eine starke Brille wahr. Dicke Wollsocken müssen die Füße wärmen. Hans-Herbert Meyer ist immerhin schon 77 Jahre alt. »Aber im Kopf«, sagt er und richtet den mageren Körper auf, »bin ich noch ganz klar.« So klar vielleicht doch nicht. Denn der Rentner aus dem niedersächsischen Hohnstorf hat am Donnerstag vergangener Woche im »Uelzener Anzeiger« eine ganzseitige Todesanzeige veröffentlichen lassen. Text: »Der Mann, der durch den historischen Flug nach England sein Leben für den Frieden einsetzte, Rudolf Heß, hat seinen Kampf für Deutschland bis zum bitteren Ende bestanden.« Und weiter: »Wir werden ihm das Denkmal setzen, das seine Feinde ihm verwehren wollen. Wir sind vielleicht die letzten von gestern, aber wir sind auch die ersten von morgen.«

Das ist nicht die ganze Wahrheit, Meyer war auch im Gestern schon einer der ersten. Seit 1930 war er Mitglied in NSDAP und SA, er hat die erste Hakenkreuzfahne auf dem Kirchturm von Uelzen gehißt.

Dank solchen Einsatzes brachte er es zum Gauschulungslehrer. Er war den Nazis in diesem Amt so wichtig, daß er selbst während des Krieges nicht eingezogen wurde.

Nach dem Krieg mußte er, wegen seiner »allzu deutschen Vergangenheit« (Meyer), erst einmal Waldarbeiter werden. Doch das Herz der Bundesrepublik für die einstigen NS-Aktivisten ist nun mal groß, die letzten 16 Berufsjahre konnte er im Uelzener Finanzamt unter-schlüpfen. Nicht einmal sein Engagement in der rechtsradikalen »Sozialistischen Reichspartei« bis zu deren Verbot in den frühen fünfziger Jahren verhinderte seine Staatsanstellung.

Klar, daß so ein Mann, für den die NS-Zeit nach wie vor den Höhepunkt seines Lebens bedeutete, heute den Stellvertreter des Führers zum Helden verkürt. »Rudolf Heß«, sagt er, »war von solcher Anständigkeit und Sauberkeit, so war sonst keiner.« Und natürlich sei es eine



»Schände und Schmach, daß man diesen Mann zu Tode gefoltert hat.«

23 Gleichgesinnte hat Meyer innerhalb von 24 Stunden zusammengetrommelt, die ebenfalls mit vollem Namen die Anzeige unterzeichneten und ihren Teil zu den 3000 Mark Kosten beitrugen. Den Apotheker Wolfgang Fachmann aus Bienenbüttel etwa, der Heß' »Haltung und Charakterstärke bewundernswert« findet. Mit Nachteilen für sein Geschäft wegen der hymnischen Anzeige rechnet der 58jährige nicht. Nur einer hat ihn am Telefon als »Faschistenschwein« beschimpft, im übrigen seien viele Menschen in den Laden gekommen und hätten ihn beglückwünscht zu dem »mutigen Schritt«.

Als »ordentlicher Deutscher« hat auch Ernst Braesel-Behn unterschrieben, der bis zu 20 Urlauber auf seinem Bauernhof in Rohrstorf bei Bad Bevensen bewirtet und seine Gäste »gleich am Abend, als die Todesnachricht kam, über Heß aufgeklärt« hat.

Erwin Schultz, einst NS-Ortsgruppenleiter in Uelzen, zögerte ebenfalls nicht. Der 85jährige hält »die Zahl von sechs Millionen umgebrachter Juden für eine Lüge der Alliierten«. Der Uelzener Fabrikant und begeisterte Reiter Herbert Niebuhr, 75, begründet seine Unterschrift schlicht: »Ich bin kein Demokrat.«

Als sei der Tod des Führer-Stellvertreters ein Signal gewesen, rührt sich allenthalben wieder die rechte Szene. Bereits am Abend des Todestages, Montag vergangener Woche, versammelten sich junge und alte Unverbesserliche vor dem Spandauer Kriegsverbrecher-Gefängnis, in dem Heß die letzten vier Jahrzehnte seines Lebens verbracht hatte. Kerzen flackerten, eine Kriegsflagge des alten Deutschen Reiches wurde auf dem Boden ausgebreitet und mit roten und weißen Nelken bestreut.

Traueranzeigen erschienen in Tageszeitungen bis hin nach Südafrika und Australien. Auf ein Inserat der »Deutschen Konservativen« in der »Frankfurter Allgemeinen«, in dem von »ohnmächtigem Zorn« und »tiefer Beschämung« die Rede war, kam »säckeweise« zustimmende Post.

Es blieb nicht beim Verbalen. In Düsseldorf flog ein Molotow-Cocktail in das Büro der SPD-Jugendorganisation »Die Falken«, auf den Schaukasten davor sprühten die Täter »Rache für Heß«. In Frankfurt wurden zwei junge Rechtsradikale verhaftet, die in einem Schließfach des Hauptbahnhofs einen Sprengsatz deponiert hatten. Schmierereien mit Heß-Parolen gab es quer durch die Republik.

Das sind gewiß Ausnahmen, und doch sind solche Aktionen symptomatisch. Denn so stabil die Demokratie in der Bundesrepublik erscheint mit ihren beinahe 100 Prozent Wählerstimmen für die demokratischen Parteien, mit einer vom Volk weitgehend angenommenen Bundeswehr, mit einer Polizei und Justiz, die Auswüchse kontrollieren und ahnden können, unter der Oberfläche lauern Gefahren. Die werden gelegentlich für Augenblicke sichtbar, und dann wird auch deutlich, daß diese Demokratie eben nicht gewachsen ist, sondern

## »Jeder Kindermörder wird nach 15 Jahren freigelassen«

Die Rentnerin Irmgard Ziegler, 65, aus Bad Bevensen nennt sich selbst »deutsch und national denkend«



### »Heß war ein aufrechter Deutscher«

Alfred Zierenberg, 84, früher Berufsschullehrer und seit 1930 Mitglied der NSDAP



### »Die Behandlung von Heß war unmenschlich«

Der ehemalige Steuerberater Erwin Schultz, 85, war Ortsgruppenleiter der NSDAP in Uelzen





**Der Apotheker Wolfgang Fachmann, 58, aus Blenenbüttel bewundert an Heß »Haltung und Charakterstärke«**

von außen verordnet und immer noch gefährdet.

Wie demokratisch, muß man fragen, sind unsere Politiker, wenn der CDU-Bürgermeister der Gemeinde Korschenbroich im Rheinischen, Wilderich Freiherr von Mierbach Graf von Spee, öffentlich feststellen kann: Um den Etat der Gemeinde auszugleichen, müßten erst »ein paar reiche Juden erschlagen« werden. Die Ratsherren, auch die von der SPD, protestierten nicht, sondern grinsten oder bekundeten lautstark Zustimmung – erst als nach Presseberichten die Empörung hochschlug, legte der Graf sein Amt nieder.

Und der CSU-Bundestagsabgeordnete Hermann Fellner erklärte in einem Zeitungsinterview zum Thema Wiedergutmachung, daß »Juden sich schnell zu Wort melden, wenn irgendwo in deutschen Kassen Geld klingelt«. Dafür bekam er Hunderte von Zuschriften, in den meisten stand, er habe »gesagt, was sehr viele denken«. Sein Parteifreund Rainer Kiewitz, Bürgermeister im bayerischen Vilshofen, wettete über ausländische Flüchtlinge: »Heute geben wir den Asylanten Fahrräder und morgen irgendwelche Töchter.«

In solchem Klima gedeiht der Rechtsextremismus, wird zwar nicht gesellschaftsfähig, aber alltäglich. Da werden, wie 1985 in Hamburg, Türken von gewalttätigen Skinheads erschlagen. Da gehen im vorigen Herbst Asylantenheime in Flammen auf, es gibt Tote.

Nicht selten erweisen sich die Ermittlungsorgane auf dem rechten Auge blind. So starb am 16. Januar in Göttingen der 21jährige Ingo Kretschmann beim Hantieren mit einer selbstgebauten Bombe. Die Polizei fand bei der Untersuchung nicht nur mehrere Waffen und weitere 400 Gramm Schwarzpulver, sondern auch Mitgliedsausweise der NPD und ihrer Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten«. Trotzdem behauptete die Kripo später, Ingo sei ein »Einzelgänger ohne weitere Hintermänner« gewesen.

Bei solcher politischen Sehschwäche der Staatsorgane wird klar, weshalb der Verfassungsschutzbericht 1986 des Bundesinnenministeriums nur 71 »von Rechtsextremisten verübte Gewalttaten« verzeichnet, aber 1902 mit »linksextremistischem Hintergrund«. Insgesamt gibt der Bericht die Zahl der Mitglieder von rechtsextremistischen Organisationen mit 22 100 an, darunter 12 000 in der »Deutschen Volksunion« und 6000 in der NPD. Zum harten Kern rechnet Bonn 1460 aktive Neonazis.

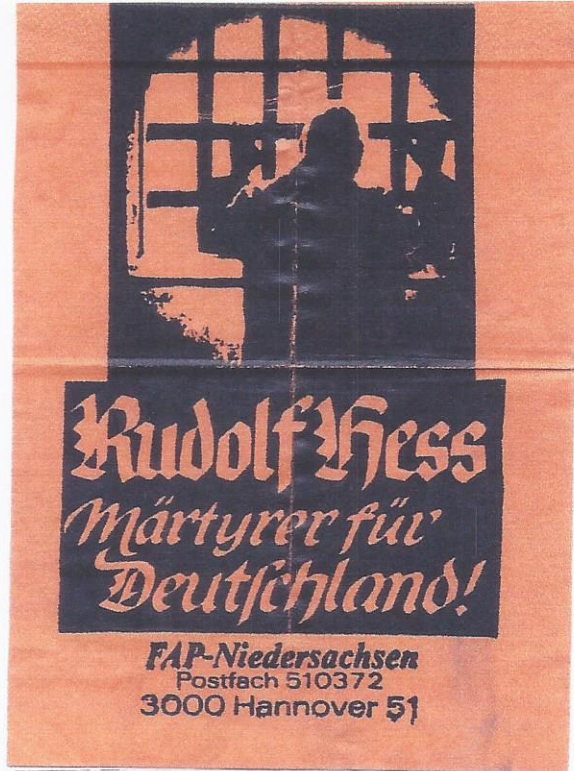
Ultrarechte Vereinigungen wie die SS-Veteranenorganisation »Hiag« allerdings werden von den Verfassungsschützern, anders als in früheren Jahren, überhaupt nicht mehr erfaßt, rechte Institute wie das »Nationaleuropäische Jugendwerk e.V.« in Mannheim sogar steuerlich gefördert. Und über die »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« (FAP), die seit 1983 systematisch von den militanten Rechtsradikalen des Michael Kühnen unterwandert wird, urteilte der Parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium Carl-Dieter Spranger (CSU) noch letztes Jahr: »Bei einer Gesamtwürdigung können eindeutig rechtsex-



tremistische Tendenzen nicht festgestellt werden.«

Da verwundert es nicht, wenn schon wieder Juden von ordentlichen Deutschen regelrecht vertrieben werden, wie es im hessischen Gedern mit dem Arzt Dan Kiesel geschah. Da wundert es auch nicht, wenn im holsteinischen Mönchneversdorf die Einwohner geschlossen die einzige Zufahrtsstraße sperren, um die Errichtung eines Wohnheims für ausländische Flüchtlinge zu verhindern.

Und erst recht verwundern die Reaktionen nicht, die der Rentner Hans-Herbert Meyer auf seine Heß-Eloge im »Uelzener Anzeiger« erfuhr. »Sehr viele«, sagt er, »haben mich angesprochen und gefragt, warum nicht auch sie auf der Unterschriftenliste stehen durften.«



## Freiheit für Heß gefordert

lz Lüneburg. Zum 93. Geburtstag von Rudolf Heß am 26. April appelliert die Hilfsgemeinschaft „Freiheit für Rudolf Heß“ erneut, dem todkranken ehemaligen Stellvertreter von Adolf Hitler die Freiheit zu gewähren. Heß sitzt als einziger Gefangener im Spandauer Kriegsverbrechergefängnis ein.

Die Hilfsgemeinschaft verweist darauf, daß Heß unter Einsatz seines Lebens nach England geflohen sei, um den Krieg zu beenden. Obwohl in Nürnberg von der Anklage der Kriegsverbrechen freigesprochen, habe Heß 46 Jahre seines Lebens in Einzelhaft verbringen müssen.

Aufkleber, 26. April 87

22

Nach jahrzehntelanger Haft starb

## Rudolf Heß

26. April 1894 † 17. August 1987

Er lebte für sein Vaterland mit einer menschlichen Einstellung für alle Menschen in der Welt. Mit Trauer nehmen wir Abschied von ihm!

Hilfsgemeinschaft  
Freiheit für Rudolf Heß

LZ 22.8.87

Ein Protestschreiben der VVN-BdA an die LZ blieb von der Chefredaktion unbeantwortet.

## 46 Jahre Haft — ein halbes Leben!

Im Namen der Menschlichkeit:

Fordern Sie mit uns: Schluß mit Rache und Vergeltung!

46 Jahre Einzelhaft für einen 93jährigen sind genug.

Rudolf Heß wollte 1941 mit seinem Englandflug den Krieg beenden, als er unter Einsatz seines Lebens über Schottland mit dem Fallschirm absprang — muß er dafür in Spandau sterben? Oder soll Rudolf Heß MÄRTYRER werden?

Wir sagen NEIN!

Sollten aber die Gewahrsamsmächte Rudolf Heß dort sterben lassen und seine Asche in alle Winde verstreuen — wie angeblich ein Abkommen es vorsieht —, dann allerdings setzen sie ihm die Märtyrerkrone auf!

Wir wollen keinen Märtyrer, wir wollen Rudolf Heß, der in Freiheit seine letzten Lebenstage verbringen kann.

Fordern Sie deshalb mit uns:

## Laßt Heß endlich frei!

Helfen Sie uns, auch mit finanziellen Mitteln, die unser weltweiter Einsatz kostet!  
Fordern Sie Druckschriften an, werden Sie Mitglied!

Hilfsgemeinschaft „Freiheit für Rudolf Heß“ e. V., Postfach 1122, D 8033 Planegg  
Bankkonto: Deutsche Bank AG, Wiesbaden, Konto-Nr. 231 027, BLZ 510 700 21  
Postscheckkonto: Frankfurt/M., Nr. 984 97—607, BLZ 500 100 60

LZ

25.4.87



Zwar gab es in Lüneburg bislang noch keine öffentliche Veranstaltungen der DVU ( ihr Versuch 1985 in Wellenkamps Hotel scheiterte ), jedoch bereitet man hier durch das Anbringen diverser Aufkleber, insbesondere aber durch die persönlich- schriftliche Kontaktaufnahme und die ideologische Bearbeitung durch den DVU-Bücherdienst den politischen Boden für ein beabsichtigtes offensiveres Vorgehen in nächster Zeit.



**DEUTSCHE  
VOLKSUNION  
-Liste D-**

DEUTSCHE VOLKSUNION - Liste D · Paasostraße 2 · 8000 München 60

Paasostraße 2 8000 München 60  
Telefon (089) 8340081 Telefax (089) 8341534  
Telex 524685

Sehr verehrter Freiheitlicher,

hiermit lade ich Sie herzlich  
Kundgebung unserer  
- Liste D -  
s+ -

### WICHTIGER HINWEIS

Steuervorteile bei Spenden und Beiträgen an die  
DEUTSCHE VOLKSUNION - Liste D

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind bei Unverheirateten bis zu DM 1200,-, bei Verheirateten bis zu DM 2400,- jährlich zur Hälfte direkt von der Steuerschuld abzugsfähig. Die direkte Steuerermäßigung beträgt damit bis zu DM 600,- bzw. DM 1200,-.

Darüber hinaus sind Spenden bis zu DM 100000,- pro Steuerpflichtigem (bzw. DM 200000,- bei Zusammenveranlagung) als Sonderausgaben zusätzlich abzugsfähig.

Für die Geltendmachung des Mitgliedsbeitrages genügt die Vorlage eines Zahlungsbeleges.

Für Ihre Spende wird Ihnen die DEUTSCHE VOLKSUNION - Liste D auf Wunsch gerne eine Spendenquittung zuleiten.

Herzlich um Ihren Beitritt und  
weiteren deutschdenkender Bürger. Sie stärken unsere  
DEUTSCHEN WOCHEN-ZEITUNG, des DEUTSCHEN ANZEIGERS und der  
DEUTSCHEN NATIONAL-ZEITUNG.

Bitte bedienen Sie sich der Anlagen. Für Ihre Unterstützung zugunsten unserer gerechten deutschen Sache danke ich Ihnen aufrichtig. Nehmen Sie bitte meine besten Wünsche und herzliche Grüße entgegen.

Dr. Gerhard Frey

Bundsvorsitzender der DEUTSCHEN VOLKSUNION - Liste D

Konten der DEUTSCHEN VOLKSUNION - Liste D  
Postgiroamt Hamburg Konto-Nr. 613592-201 BLZ 200 100 20  
Münchener Bank München Konto-Nr. 060555 BLZ 701 901 00

23





PFLEGSTÄTTE LÜNEBURG

Was werden wird, ist dunkel,  
was geschehen muß, ist hell,  
Wir müssen das Rechte und Redliche tun.

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde!

Mögen die Freunde

gern rechnen wir mit Ihrem und Ihrer Freunde Kommen!

Jeweiliger Kostenbeitrag DM 3,50; Mitglieder, Rentner DM 2,50.

Ihren Mitgliedsbeitrag oder Ihre Spende erbitten wir auf unser Konto  
7120 Stadtparkasse Lüneburg, BLZ 240 500 01 (deren Postscheckamt  
Hamburg 5784-200 lautet).

Freundlich grüßt  
Janna Gevers

Mühlenweg 21, 2058 Lauenburg, Ruf: 04153-53221

Pflegstättenleiter: Albert H. Gevers, 314 Lüneburg, Heiligengeiststraße 9 · Ruf: (04131) 44954  
Bankkonto: 712 Stadtparkasse Lüneburg, (Postscheckkonto Hamburg 5784)

19.2.87

Deutsches Kulturwerk eur. Geistes: RA W. Geissler „Zur deutschen Frage aus heutiger Sicht“, 16.30 Uhr Hotel Scheffler.

# LANDESZEITUNG

für die Lüneburger Heide

17.1.87

Deutsches Kulturwerk: Vortrag „Der Dichter und sein Schicksal — Heinrich von Kleist“, 16.30 Uhr, Hotel Scheffler.

20.6.87

Deutsches Kulturwerk eur. Geistes: Helmut von Lichtenfeld „Südafrika im Kräftespiel der Supermächte“, 16 Uhr, Hotel Scheffler.

28.3.87

## Veranstaltungen

● Sonnabend, 28. März:  
Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes: Lichtbildervortrag „Skizzen aus Südflorida und Rimini“, 16.30 Uhr, Hotel Scheffler.

15.12.87

## Lichterfest

in Lüneburg. Zum „Lichterfest“ treffen sich die Mitglieder und Freunde des „Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes“ heute, 15. Dezember, um 16 Uhr im Hotel Scheffler.



## Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes (DKEG)

Die DKEG wurde 1950 gegründet vom ehemaligen "Reichsfachschaftsleiter für Lyrik" in der "Reichsschrifttumskammer" der Nazis und Mitglied der obersten SA-Führung - Präsident des Kulturwerks der SA- Prof. Dr. Herbert Böhme.

### Ziele:

- "Neubildung volkshaften Selbstverständnisses und Selbstbewußtseins"
- "Pflege volkshaft konservativer Literatur"
- Aufbau von "Pflögstätten im völkischen Geist im deutschen Raum".

Die Veranstaltungen der etwa 70 "Pflögstätten" bieten den alten und neuen Nazis ein willkommenes Forum.

### Referenten des DKEG sind:

- Rudolf Jordan, ehem. NS-Reichsstatthalter und Gauleiter von Magdeburg
- Hans-U. Rudel, Nazi-Militarist
- Dr. Rolf Kosiek, NPD-Bundesvorstandsmitglied
- Dr. Hans W. Hagen, ehem. Kulturpolitischer Referent im Goebbels-Propagandaministerium, später NPD
- Wilfried v. Oven, ehem. persönlicher Referent von Goebbels
- Heiko Oetker, stellvertretender Kreisvorsitzender NPD Hamburg
- Rolf Ollermann, wegen Brandstiftung und Verwüstung eines jüdischen Friedhofs verurteilter Neonazi
- Uwe Rohwer, Mitglied der NPD, dann ANS, Gauführer der Wiking-Jugend, verurteilt im Bückeburger Neonazi-Terroristenprozeß 1979 zu 9 Jahren Haft, u.a. wegen Bankraubs und Überfall auf das NATO-Depot Bergen-hohne
- Alfred E. Manke, Mitbegründer der "Aktion W." (Brand an die Wand!)



Organ: Klüter Blätter

Die Klüter Blätter verstehen sich als "rechtsradikal auf gehobenem Niveau".

Schriftleiter: Heinrich Härtle, ehem. Sekretär des in Nürnberg zum Tode verurteilten Kriegsverbrechers Alfred Resenberg, Verfasser mehrerer neofaschistischer Bücher

Präsident: K.-G. Stempel, bis vor wenigen Jahren (Pensionierung) Richter am Obersten Landesgericht München

Finanziert und organisatorisch angeleitet u.a. von Dr. Werner Naumann, ehem. Staatssekretär im Reichspropagandaministerium der Nazis.

Die DKEG arbeitet mit verschiedenen anderen neofaschistischen Organisationen zusammen, u.a. mit der "Gesellschaft für freie Publizistik" und dem "Witiko-Bund".

"Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP)

Gründer sowie führende Mitglieder sind u.a.:

- Kurt Vowinkel, ehem. Nazi-Vorsteher des Börsenvereins des deutschen Buchhandels
- Kurt Ziesel, Mitarbeiter des Nazi-Zentralorgans "Völkischer Beobachter", später Strauß-Intimus
- Dr. Peter Klust, seit 1931 schon Mitglied der NSSAP, persönlicher Referent Ribbentrops

Vorsitzender ist Dr. Gerd Sudholt, politischer Günstling des stellvertretenden Reichspressechefs der NSDAP, Helmut Sudermann.

Die GfP arbeitet u.a. mit dem "Arbeitskreis volkstreuer Verbände" (AVV) zusammen und mit den neofaschistischen Verlagen Druffel, Mut und Nation Europa. Die GfP unterstützt neben der DKEG auch das "Deutsche Kulturwerk".



### "Witiko-Bund"

Er wurde bereits im November 1947 von ehem. führenden Nazis gegründet und formuliert als wichtiges Ziel die "... Heimkehr der Sudetendeutschen Volksgruppe als eine neue deutsche Siedlung". Es bestehen enge Beziehungen zu F.J. Strauß.

Führende Funktionäre sind:

- Siegfried Zoglmann, ehem. Führer der HJ im "Reichsprotektorat Böhmen und Mähren", dann langjähriger Bundestagsabgeordneter der CSU
- Erich Maier, ehem. Ressortchef für Außenpolitik beim NSDAP-Organ "Die Zeit", später Mitarbeiter im CSU-Organ "Bayernkurier" und Bundesgeschäftsführer der "Sudetendeutschen Landsmannschaft"
- Dr. Walter Becher, ehem. verantwortlicher Schriftleiter des NSDAP-Organs "Die Zeit", später CSU-Abgeordneter

Das DKEG ist personell verflochten mit der ANJ-Faschistenbande (jetzt FAP) und den Gruppierungen um die Alt-Nazis Schönborn und Christophersen.



*aus einer Schrift des DJKG*

## Reichssonnenwendfeier der Hitlerjugend 1944 in der Marienburg

Die Stadt Marienburg, aufs engste mit dem Schicksal der Burg verknüpft, mit dem massigen Bau des alten Rathauses, den „hohen“ und den „niedrigen“ Lauben – mit dem „Töpfertor“ und dem „Marientor“ –, beherbergt in ihren Mauern im Juni 1944 eine Vielzahl europäischer Jugendführer und -führerinnen.

Mit Einbruch der Dunkelheit formieren sich die Gruppen der Mädelführerinnen in dem weiträumigen Burghof, umgrenzt von hohen schwärzlichen Mauern. Die Umrisse eines riesigen Holzstoßes sind kaum wahrnehmbar. Dröhnender Marschtritt hallt aus dem von Fackelschein erleuchteten, schweren Burgtor. Leises Murmeln junger Stimmen verstummt.

In Viererreihen geordnet, marschieren Hunderte junger Männer der Völker Europas in den Burghof ein. Rechts und links der Kolonne tragen deutsche Jugendführer die roten und schwarzen Fahnen der Hitlerjugend – überstrahlt von lodernem Fackelschein. Das letzte Kommando verhallt – Lichtreflexe der Fackeln durchdringen die Dunkelheit des Burghofes. Tiefe Stille umgibt uns.

Es treten die Rufer der jeweiligen Länderabordnungen vor. Ein jeder wirft seine brennende Fackel in den hell auflodernden Holzstoß.

Als letzter tritt der deutsche Reichsjugendführer an das schon weit in den Junihimmel hineinleuchtende Sonnenwendfeuer. Mit lauter, im Burghof verhallender Stimme ertönt der Ruf: *„So vereinige sich das Feuer der deutschen Jugend mit dem der Jugend Europas.“*

Das Lied *„Nur der Freiheit gehört unser Leben“* beschließt das feierliche Gelöbnis, die letzte Reichssonnenwendfeier – gläubig und vertrauend auf eine gemeinsame Zukunft Europas nach Beendigung des mörderischen Ringens dieses Krieges um den Bestand eines europäischen Abendlandes.

Jahrzehnte ruhte das Bild dieser unvergeßlichen, nie verblassenden Stunden unter den Gewölben der Marienburg in meinem Innern. Ein Jahr später – 1945 – versank dieses gewaltige Bollwerk abendländischer Kultur in Schutt und Asche. Am 8./9. März 1945 wurde die Burg von 2 500 Mann, den letzten Verteidigern, geräumt – nachdem Tausende von Flüchtlingen vor dem Ansturm der Sowjetischen Armeen über die Nogat nach dem rettenden Westen entkommen konnten.

Wohl können Namen vergehen, die Menschen zu Asche zerfallen; die **Idee** des geeinten Abendlandes aber bleibt, sofern diese Idee in unseren Herzen als Wille zur Einigung in Frieden und Freiheit lebendig bleibt und von Generation zu Generation weitergereicht wird. *„Ideen lassen sich nicht totsichweigen wie das Leben selbst und seine Geschichte.“*

*„Die Marienburg ist das Zeugnis eines einst von den Deutschen erfolgreich gelösten abendländischen Auftrages, – ein einmaliges europäisches Festungswerk aus gesamtdeutschem und abendländischem Kunstschaffen. Trotz Krieg und Niederlage ist sie ein unvergängliches Denkmal deutscher Leistung im Osten.“*

Wolfrum

Erhalten wir uns den Willen zum gemeinsamen Dienst an der **Idee** des Abendlandes.



# und Beamten Mit „Chemischer Keule“ Augen verätzt

LZ  
26.3.87

bs Adendorf. Papageienweg 10 in Adendorf. Dort in mit Backstein gemauerten Baracken leben Ali (23) und Nazih (19). Sie sind Libanesen, Asylbewerber. Seit Sommer 1986 wohnen sie in dieser Unterkunft, jeder hat ein Zimmer. Beide haben einen harten Lebensweg hinter sich, ihre Familien werden sie wohl nie wiedersehen. Nazih: „Ich habe in Beirut Tag für Tag den Krieg erlebt, bin sogar von einer Granate verletzt worden. Jetzt will ich keinen Krieg mehr und auch keine Probleme.“ Doch sein Wunsch, daß die Probleme mit der Flucht in die Bundesrepublik vorbei sind, blieb unerfüllt. Das haben er und sein Freund Ali jetzt in Adendorf erlebt.

Ali erzählt: „Es war vor etwa zwei Wochen, am 11. März, nachmittags. Zwei Männer von der Adendorfer Verwaltung kamen zu uns. Wir brauchten Kohlen zum Heizen. Im Schuppen, ich füllte gerade Kohlen in eine Tüte, stieß mich einer der Männer plötzlich zur Seite, gegen die Wand. Draußen vor der Tür hat er mich mit Gas besprüht.“ Seine Augen hätten furchtbar gebrannt. Er sei dann in sein Zimmer gelaufen, habe Schutz gesucht. Ali weiter: „Der Mann kam hinterher, stellte seinen Fuß zwischen die Tür und sprühte mir weiter Gas entgegen. Die Tür ging auf, und der Beamte schlug auf mich ein.“

Dazu der Beschuldigte, Richard M., Leiter des Adendorfer Gemeinde-Ordnungsamtes: „Ich habe Ali im Kohlenschuppen geschubst, weil er sich mehr Kohlen rausholen wollte, als ihm zustanden. In dem Moment schlug Ali mir ins Gesicht. Da mußte ich mich wehren, habe die ‚Chemische Keule‘ benutzt und ihm das Gas in die Kleidung gesprüht.“ Diese „Chemische Keule“, ein Reizstoff-Sprüh-Gerät, wie es auch die Polizei benutzt, dürfe er als Vollzugsbeamter der Gemeinde in diesem Fall einsetzen. „Als körperliches Hilfsmittel“, sagt Richard M.

Der Beamte bestätigt, daß er, wie Ali erklärt, hinter den Libanesen hergelaufen sei, bis zur Wohnung. M.: „Durch den Türspalt sprühte ich nochmal Gas ins Zimmer.“ Rechtsanwalt Fred-Jürgen Hillerum, den Ali und Nazih inzwischen eingeschaltet haben: „Das ist doch keine Notwehr mehr. Ali ist doch weggelaufen.“

Ordnungsamts-Chef M. weiter: „Ich habe Ali auch nur einmal geschlagen, mit der Faust ins Gesicht.“

In dem ärztlichen Befund des Städtischen Krankenhauses Lüneburg, wo Ali behandelt wurde, sind die Verletzungen des Libanesen aufgelistet: „Schädelprellung mit oberflächlicher Platzwunde, Rippenprellung links mit Schürfwunden, Nasenbeinprellung.“ Wegen der Augen-Verätzungen schickte der Krankenhaus-Arzt Ali zum Augenarzt.

„Es kam ja zwischen mir und Ali zu einer Rangelei. Da kann es sein, daß er dabei einen Stoß mit den Ellenbogen bekommen hat“, ergänzt M. seine Äußerungen. Alles in allem, so der Beamte, habe er immer aus Notwehr gehandelt,

auch als er die „Chemische Keule“ eingesetzt habe.

Wer dieses Reizsprüngerät anwenden darf, und wann, erklärt Polizeioberrat Günter Freienberg, Leiter des Polizeiabschnitts Lüneburg: „Polizeibeamte und Vollzugsbeamte von Verwaltungen dürfen das Gerät einsetzen. Das ist die letzte Stufe vor dem Gebrauch einer Waffe.“ Bevor dieses Mittel, das wie Tränengas wirke, eingesetzt werde, müsse der Polizist wie auch der Vollzugsbeamte prüfen, ob Angriff und Abwehr in einem angemessenen Verhältnis stehen. Im Klartext: Wenn jemand nicht angegriffen wird, darf er sich mit dem Reizstoff-Sprüh-Gerät auch nicht wehren.

Rechtsanwalt Fred-Jürgen Hillerum: „Das ist der Punkt, wo sich der Adendorfer Verwaltungsbeamte rechtswidrig verhalten hat. Denn als Ali weglief bestand keine Notwehr-Situation mehr.“

Bei dem Streit an jenem Mittwoch, 11. März, war auch Alis Freund Nazih verletzt worden. „Ich wollte ihm helfen“, sagte Nazih. Der Kollege von Richard M., Dieter P., Angestellter beim Ordnungsamt Adendorf, schildert: „Nazih ist auf mich losgegangen, hat mich geschlagen.“ Nazih: „Auch ich bekam eine Ladung von dem Gas ab.“ Bei ihm stellte der Arzt im Krankenhaus fest: „Kopffrellungen und Gasverletzungen der Augen.“ Nazih mußte zum Augenarzt.

Die Libanesen wurden dann von ihrem Hausarzt in Adendorf weiter behandelt. Der Mediziner, der seit etwa elf Jahren in Adendorf praktiziert, kummert sich bereits monatelang um Ali und Nazih. „Wie die beiden Männer behandelt werden ist grauenhaft.“ Unterbringung und Versorgung seien mangelhaft. „Pro-Tag bekommt jeder nur fünf Kohle-Briketts zugeteilt. Bei eisiger Kälte bekommen sie damit ihre Zimmer nur für ein paar Stunden warm. Sie müssen sich dann Holz im Wald suchen.“

Dazu der Beamte Richard M.: „Das stimmt nicht. Beide bekommen pro Tag 15 Briketts. Früher hatten sie sogar den Schlüssel zum Kohlenschuppen. Doch da haben sie soviel verheizt, daß der Ofen ständig überhitzt war.“

Der Hausarzt von Ali und Nazih erzählt: „Die Kleidung ist dürrt. Gerade jetzt im Winter. Sie sind oft erkältet, haben Bronchitis.“ Auch das sieht M. anders: „Sie haben genug Bekleidungsgeld erhalten, entweder in bar oder als

Gutschein.“ Für den Arzt sind die Sachen, die Ali und Nazih von der Gemeinde gestellt bekommen, „alles Müll“. Vor zwei Wochen erhielt Ali einen Teppich. „Daß er gebraucht ist, geht in Ordnung“, sagt der Arzt, „aber der ist so verschlampt, darauf würde ich noch nicht einmal meinen Hund schlafen lassen.“

In seiner Verbitterung schildert Nazih von einem anderen Vorfall: Richard M. habe ihn im November des vergangenen Jahres sogar mit Handschellen gefesselt. „Warum, weiß ich nicht genau. Ich war damals krank, konnte nicht die Straßen fegen, wie es die Gemeinde von mir verlangte. Vielleicht habe ich deswegen die Handschellen verpaßt bekommen“, sagt der 19jährige.

„Die Sache mit den Handschellen stimmt. Die Schellen sind genauso ein Hilfsmittel wie die ‚Chemische Keule‘“, betont Richard M., „ich traf Nazih auf der Straße vor dem Rathaus, zufällig. Schon wochenlang hatte das Lüneburger Gesundheitsamt ihn zur ärztlichen Untersuchung vorgeladen, aber Nazih ist nie hingegangen. Da habe ich ihn gefesselt und zum Amtsarzt gebracht.“

Zu Nazih's Vorwurf, er habe dann später für zwei Monate seine 390 Mark, die ihm als Asylbewerber zustehen, nicht gezahlt bekommen, sagt M.: „Er war gesund, arbeitete aber nicht. Wir haben ihm deshalb lediglich 25 Prozent seiner Bezüge gestrichen. Das dürfen wir.“

Aus dem Vorfall an jenem Mittwoch, als sie verletzt wurden, haben Ali und Nazih inzwischen Konsequenzen gezogen: Sie erstatteten am Dienstag vergangener Woche bei der Lüneburger Staatsanwaltschaft Anzeige wegen Körperverletzung. Richard M.: „Ich und mein Kollege haben ebenfalls Anzeige erstattet.“ Was dabei herauskommt, werden die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zeigen.

Von der Auseinandersetzung erfahren haben mittlerweile auch die Bezirksstelle der Menschenrechtsorganisation „amnesty international“ in Bremen sowie die niedersächsische Landesgruppe des „Europa-Völkerschutzbundes, Asylhilfe“ mit Sitz in Jork. Mitarbeiter dieses Bundes ist Waldemar Steen: „Nach solch einem Vorfall verwundert es nicht, daß sich Asylbewerber in der Bundesrepublik wie in einem Gefängnis fühlen.“

Gemeindedirektor Ellfrödter dauert den Vorfall in seiner Gemeinde. Zu seinem Mitarbeiter Richard M. habe er wiederholt gesagt, er solle klare Spielregeln beachten und es nicht übertreiben. Ellfrödter sagte ferner gegenüber der LZ, er habe bemerkt, daß sich in Adendorf etwas aufbaut. „Ich habe Angst, daß es zu schlimmen

Auseinandersetzungen kommt, und sich dann ein Asylbewerber vielleicht mit einem Messer wehrt.“ Sein Ordnungsamt-Leiter gehe vermutlich nicht immer genügt genug vor. Doch in einem Punkt ist sich der Gemeindedirektor sicher: „Mein Mitarbeiter bewegt sich immer im Rahmen des Rechts.“

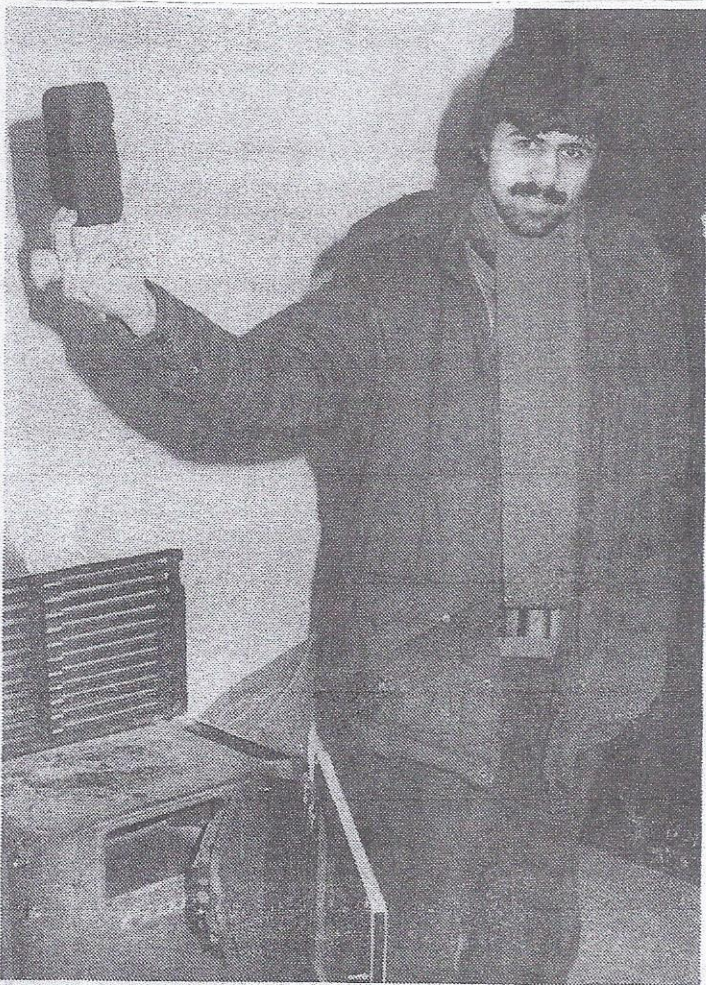
31





Ali (23) und Nazih (19) vor einer der Baracken am Papageienweg in Adendorf: „Wir sind mißhandelt worden“, sagen die beiden Libanesen. Fotos: bs

LZ 26.3.87



„Wir haben nie genug Kohle-Briketts bekommen“, sagt Ali, „um unsere Zimmer zu heizen, mußten wir Holz im Wald suchen.“

LZ 31.3.87

## Asylbewerber

... ist es beschämend, zu erfahren, wie die Asylbewerber in Adendorf von Gemeindebeamten behandelt werden.

Wie dem LZ-Artikel vom 26. März 1987 zu entnehmen ist, fristen die Asylbewerber ihr Dasein in unzumutbaren Unterkünten, im harten Winter gezwungen, ausreichend Brennstoff zu erbeteln, dazu ausgestattet mit Kleidung und Einrichtungsgegenständen, die wohl eher in den Müll gehören. Man kann hier nur von Mißachtung der Menschenwürde sprechen, und es ist schon empörend, wie hier das verfassungsmäßig garantierte Asylrecht — das ja immer mehr gesetzlich eingeschränkt wird — nur noch als Gnadenerweis von der Gemeinde praktiziert wird.

Verständlich ist schon, daß sich bei den Asylbewerbern Emotionen

aufstauen, die offenbar hier zum Ausbruch gekommen sind. Ohne hier den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft vorgreifen und eine endgültige Wertung vornehmen zu wollen, so ist es doch offenkundig rechtswidrig, Reizgas als Angriffswaffe einzusetzen und zwar im Falle der Verfolgung eines Gegners, einmal davon abgesehen, welche erheblichen gesundheitlichen Schäden der Einsatz der chemischen Keule mit sich bringen kann, insbesondere bei unsachgemäßer Anwendung (Sprühen in die Augen).

Mir scheinen die Verantwortlichen in der Gemeinde Adendorf gut beraten, auch gesellschaftlichen „Randgruppen“ mehr Achtung und Verständnis entgegenzubringen und Übergriffe ihrer Beamten auszuschließen. Es ist beklemmend, die Praxis der vorläufigen Asylrechtsgewährung ken-

LZ  
27.3.87  
LZ-Zwischenruf:

## Im Rahmen des Rechts

Man kann sich nur wundern, welche Auswüchse es bereits wieder in einigen Behörden gibt, wenn es um den Umgang mit dem Bürger — mit dem Menschen — geht. Sie bleiben im Verborgenen, das Mäntelchen falsch verstandener Kollegialität verhüllt sie. Nur gelegentlich werden diese Auswüchse sichtbar. Denn auch die Angst der Betroffenen vor Repressalien deckt sie zu. Was sich da in der Gemeinde Adendorf im Umgang mit den Asylbewerbern offenbar abgespielt hat, muß weithin hörbar Alarm schlagen.

Hier soll nicht in ein schwebendes Rechtsverfahren eingegriffen werden, bei dem die Richter das letzte Wort sprechen. Hier geht es nicht allein um das Recht, sondern um Menschlichkeit. Die Libanesen, die nach eigenen Aussagen vor dem verheerenden Krieg in ihrer Heimat geflohen sind, sehen sich nun in ihrer Zuflucht einem zermürbenden Kleinkrieg mit Beamten ausgesetzt. Da wird noch nicht einmal bestritten, daß Tränengas und Handschellen bereits wieder zum „Handwerkszeug“ des Verwaltungsapparates gehören. Unselige Erinnerungen werden wach! Da bestätigen Ärzte Verletzungen durch Beamte. Wo bleibt da das im Grundgesetz verankerte „Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“? (Art. 2/2).

Aus der Landkreisverwaltung verlautet, daß die Adendorfer Praktiken im Umgang mit Asylbewerbern nicht ganz unbekannt waren. Und unverhohlen wird eingeräumt, daß das bisher Bekanntgewordene nur die „Spitze des Eisberges“ sei.

Wo blieb die Dienstaufsichtspflicht? Es genügt wohl nicht, wenn der Dienstaufsichtsbeamte lapidar erklärt: „Mein Mitarbeiter bewegt sich immer im Rahmen des Rechts.“

Unsere Welt würde vermutlich sehr viel schöner, wenn die Behördenvertreter auch im Rahmen der Menschlichkeit agieren würden. Oder ist ihnen bereits jedes Mitgefühl abhanden gekommen?

Werner Rausch

nenzulernen, wenn man sich gegenwärtig, aus welchen Gründen das Asylrecht im Grundgesetz verankert wurde und welcher hohe moralische Anspruch damit verbunden war. Auf Grund des im Grundgesetz festgelegten Rechtsstaats- und Sozialstaatsprinzips hat jeder Asylbewerber Anspruch auf eine menschenwürdige Behandlung.

Uwe Tomforde,  
Rehhagen 6,  
Adendorf







LZ 11.4.87

## Asylbewerber

... ist Anzeige erstattet worden, um jene schlimmen Vorkommnisse in Adendorf juristisch bewerten zu lassen. Wir haben dann eine Lösung gefunden und können beruhigt sein. Dort, wo wir dann eigentlich versagt haben, nehme ich an, wird jedoch nichts geschehen.

Wenn das alles so abläuft, dann haben wir viel umfassendere Probleme auf's Juristische reduziert und am Kern ihrer Vielfalt vorbeigedacht: haben wir nicht zwei Seiten in ihrem Miteinanderauskommen müssen gänzlich überfordert. Die fragwürdigen Situationseinschätzungen des Adendorfer Gemeindedirektors scheinen das zu bestätigen.

Ein libanesischer Asylbewerber, der gewohnt ist, sich seine Erwartungen mit Nachdruck zu erfüllen — ob berechtigt oder nicht —, der ohnehin nicht gern aus seiner Heimat flieht ins Unge- wisse, wo er sich hilflos fremden Einflüssen ausgesetzt fühlt, ist sicherlich hilflos. (Hilflosigkeit erzeugt oft Aggressivität.) Das muß einem Ordnungsbeamten verständlich gemacht werden, damit er Verständnis für den Menschen hat, den er betreuen soll. Auch der Asylbewerber sollte — bevor er seinem Schicksal, dem er eh schon immer ausgeliefert war,

überlassen wird — richtig geschult werden, damit er verständig mit uns umgehen kann.

Kurzum, es muß jemand sich mit beiden Seiten beschäftigen, damit sich das Verständnis für einander entwickeln kann. Wenn wir schon nicht den „Ombudsman“ nach schwedischem Muster haben, dann geben wir doch so eine Aufgabe einem der vielen arbeitslosen Sozialarbeiter oder Lehrer, wenn nötig als ABM-Stelle. Unser Versagen jetzt aber auf einen Einzelnen zu konzentrieren, finde ich unfair!

Jürgen Schmundt,  
Lüner Weg 28,  
2120 Lüneburg

\*

... sollte man die Begriffe, wie Humanität und Menschlichkeit im Zusammenklang mit Asylbewerbern sachlicher und nüchterner betrachten. Vor allem dürfen diejenigen, die das Thema anders sehen, nicht gleich als ausländerfeindlich und unmenschlich abqualifizieren. Selbst die liberale Schweiz hat jetzt das Asylrecht drastisch verschärft.

Es darf in Erinnerung gebracht werden, daß es noch gar nicht so lange her ist, als durch die Gemeinde Adendorf etliche Asylbewerber zogen und viele Autos

beschädigten — aus reiner Zerstörungswut. Und als die Asylbewerber des Landkreises noch in der „Nobelherberge“ Barendorf wohnten, gab es trotz exklusiver Ausstattung immer wieder Ärger mit zu hohem Stromverbrauch und Heizungsbedarf. Auch ständige Reibereien mit Nachbarn waren an der Tagesordnung.

Hier stellt sich die Frage, ob immer nur die Deutschen böseartig, feindlich und unmenschlich sind?

Ich meine nein — denn auch viele Asylbewerber tragen durch ihre übertriebene Erwartungshaltung zu diesen Spannungen erheblich bei.

Was müssen ältere Mitbürger, die in sehr bescheidenen Verhältnissen leben, und manch arbeitsloser Jugendlicher denken, wenn sie erfahren, daß Asylbewerber im Monat 375 Mark bekommen, dazu Unterkunft und Verpflegung frei. Und dann noch übertriebene Forderungen? Es ist unfair, wenn man Beamte als Bösewichte hinstellt, die nur bemüht sind mit unseren Steuergeldern sorgsam umzugehen. Den Landkreis dann noch zum Oberaufseher zu berufen, dürfte ebenso falsch sein.

Erwin Fischer,  
CDU-Ratsherr und  
Kreistagsabgeordneter,  
Scheffelstr. 17,  
2120 Lüneburg

34

LZ  
26.6.87

## Streit zwischen Libanesen und Beamten: Verfahren eingestellt

# Asylbewerber-Anwalt kämpft weiter

bs Adendorf. „Für mich ist die Angelegenheit noch lange nicht erledigt“, sagt Rechtsanwalt Fred-Jürgen Hullerum. Er will, daß der Beamte Richard M. zur Rechenschaft gezogen wird für das, was an jenem Mittwoch, 11. März, am Papageienweg 10 in Adendorf passiert ist. Deshalb legte Hullerum Beschwerde dagegen ein, daß die Lüneburger Staatsanwaltschaft nicht weiter gegen den Adendorfer Ordnungsamtsleiter ermitteln will.

Auf Grund der Beschwerde sei der Fall jetzt doch nicht endgültig abgeschlossen, hieß es gestern bei der Staatsanwaltschaft. Ob jetzt die Ermittlungen wieder aufgenommen würden, stehe noch nicht fest. Eventuell werde man die Akten von Lüneburg zur Generalstaatsanwaltschaft nach Celle schicken.

Warum das Verfahren gegen Richard M. eingestellt wurde, dazu wollte sich die Staatsanwaltschaft Lüneburg nicht äußern: „Kein Kommentar, solange noch nicht endgültig entschieden ist.“ Für Fred-Jürgen Hullerum ist die Auffassung der Staatsanwaltschaft klar: „Sie hat das Verfahren eingestellt, weil sie meint, daß Richard M. aus Notwehr die ‚Chemische Keule‘ eingesetzt hat.“

Rückblick: Am Nachmittag des 11. März waren Richard M. und sein Mitarbeiter Dieter P. zum

Papageienweg 10 gegangen, wollten den Asylbewerbern Köhlen aus einem Schuppen geben. Da kam es zum Streit. Wer ihn provoziert hatte, blieb unklar. Eindeutig dagegen ist, daß Richard M. die „Chemische Keule“ eingesetzt hat. Und: Der Beamte lief hinter dem flüchtenden Ali hinterher, der in der Unterkunft Schutz suchte. Dort sprühte Richard M. nochmals Gas. Das hat der Ordnungsamt-Chef damals gegenüber der LZ zugegeben. Für Rechtsanwalt Hullerum ist dies aber keine Notwehr mehr, „denn Ali ist ja weggelaufen.“

Adendorfs Gemeindedirektor Hans Ellfrod, Chef von Richard M., zu der Entscheidung der Staatsanwaltschaft: „Erst wenn hundertprozentig feststeht, daß keine gerichtlichen Maßnahmen zu erwarten sind, ist diese Sache für mich erledigt.“ Sollte die Beschwerde von Rechtsanwalt Hullerum ohne Erfolg und der Fall dann restlos vom Tisch sein, wolle er sich auch ausführlicher äußern.

Hullerum will nicht allein den Vorfall mit der „Chemischen Keule“ geklärt haben. Er reichte beim Verwaltungsgericht Klagen gegen die Gemeinde Adendorf ein wegen Hausfriedensbruch und Freiheitsberaubung. „Es kann nicht angehen, daß die Verwaltungsbeamten in den Unterkünften der Asylbewerber ständig ein und aus gehen“, erklärt Hullerum, „oft ohne Ankündigung und gegen



Sie fühlen sich ungerecht behandelt: Ali (23), links, und Nazih (19) aus Adendorf. Ihr Anwalt kämpft für Ihre Rechte. Foto: A/bs

den Willen der dort lebenden Asylbewerber.“ Damit sei das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung verletzt, das auch Asylbewerber genießen würden. Er will jetzt kurzfristig einen gerichtlichen Entscheid, der den Gemeindebeamten verbietet, die Zimmer zu betreten.

Gemeindedirektor Ellfrod: „Die Gemeinde ist Eigentümer der Unterkünfte und hat somit das Hausrecht.“ Sie müsse die Möglichkeit haben, die Wohnungen zu kontrollieren, um Gefahren abzuwenden. In einem Brief hat Ellfrod Rechtsanwalt Hullerum mitgeteilt, daß die Gemeinde auch in Zukunft die Unterkunft betreten werde.

Hullerum will noch etwas klären, einen anderen Vorfall, der sich im November 1986 ereignete: Richard M. fesselte Nazih mit Handschellen, um ihn zur amtsärztlichen Untersuchung zu bringen. Das Lüneburger Gesundheitsamt hatte Nazih vorgeladen. Auch dies gab Richard M. gegenüber der LZ zu. Die Schellen seien genauso ein Hilfsmittel wie die „Chemische Keule“, die er als Vollzugsbeamter eben einsetzen dürfe. Hullerum: „Die Fesselung war rechtswidrig. Dem Beamten scheint wohl nicht klar zu sein, daß er, nur weil er Vollzugsbeamter ist, keinen Freibrief besitzt, mit den Bürgern nach Belieben umspringen zu können.“



Nach Streit zwischen Adendorfer Beamten und Libanesen

# Nur mit Zustimmung in die Asylbewerber-Unterkunft

bs Adendorf/Lüneburg. Die Gemeinde Adendorf darf die Obdachlosen-Unterkunft am Papageienweg 10 nicht ohne die Zustimmung des dort lebenden Asylbewerbers Ali H. und nicht ohne besonderen Anlaß betreten. Das geht aus dem Inhalt eines Beschlusses hervor, den das Oberverwaltungsgericht Lüneburg jetzt zu einem Antrag auf Prozeßkostenhilfe fällt.

Der Rechtsanwalt des 23jährigen Libanesen Ali, Fred-Jürgen Hullerum, hatte diesen Antrag im Juni beim Verwaltungsgericht gestellt. Parallel dazu beantragte der Anwalt eine Einstweilige Anordnung, die der Gemeinde verbieten sollte, die Unterkunft zu betreten. Das Verwaltungsgericht lehnte sie ab. „Die Anordnung war notwendig und geboten“, sagt nun dagegen das OVG in dem Beschluß zur Prozeßkostenhilfe. Die Einstweilige Anordnung steht noch aus, darüber muß das OVG noch befinden.

Hintergrund: Am 11. März dieses Jahres war es am Papageienweg 10 in Adendorf zu einem Streit zwischen Ali, seinem Freund Nazih (19) sowie dem Ordnungsamtsleiter Richard M.

und dessen Mitarbeiter Dieter P. gekommen (die LZ berichtete). Dabei setzte Richard M. die „Chemische Keule“ ein, Ali und Nazih wurden bei der Auseinandersetzung verletzt.

Für Hullerum hat der OVG-Beschluß eine überregionale Bedeutung: „Denn diese Klarstellung trifft nicht nur auf Asylbewerber-Unterkünfte zu, sondern auf sämtliche Obdachlosen-Unterkünfte, in denen Beamte bislang ein- und ausgehen, oft ohne die Zustimmung der dort lebenden Menschen.“

In dem OVG-Beschluß zur Prozeßkostenhilfe heißt es weiter: Das Vorgehen der Beamten bedeute ein Verstoß gegen das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung. Das stehe Ali auch in einer Obdachlosen-Unterkunft zu. Polizei und Verwaltungsbehörde dürften nur dann ohne Einwilligung des Betroffenen dessen Wohnung betreten und durchsuchen, wenn etwa das Leben eines Menschen in Gefahr sei oder Sachen von bedeutendem Wert geschützt werden müßten. Das sei aber nicht der Fall gewesen.

Ob der Asylbewerber seine Unterkunft „pfleglich behandelt“

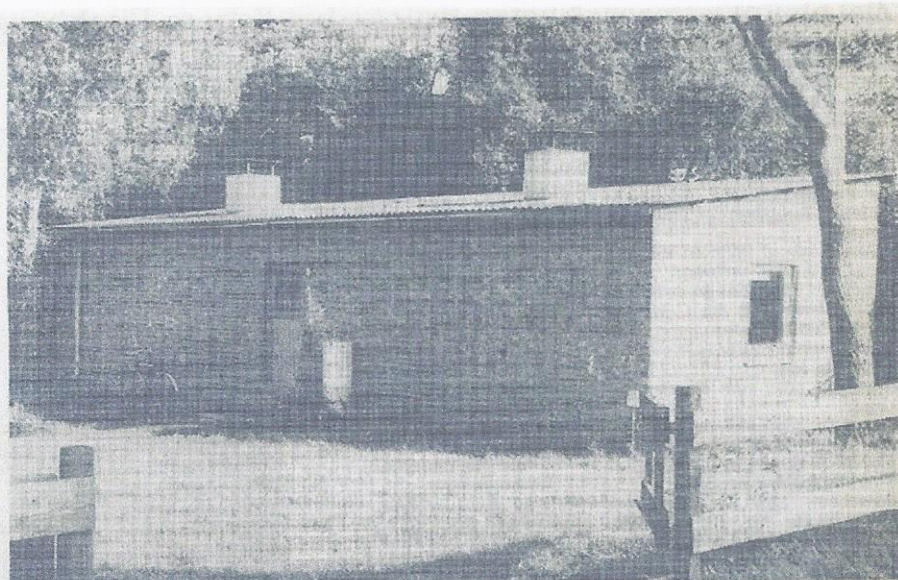
und reinigt oder nicht, und ob er darin Haustiere hält oder Dritte aufnimmt, begründe keine Gefahrenlage. Fazit: Nur um die Einhaltung der Hausordnung zu kontrollieren, dürfen die Gemeindebeamten nicht in die Wohnung, ohne zu fragen. „Ein derartiges ‚Hausrecht‘ steht ihr nicht zu“, sagt das Gericht.

„Ich muß doch die Möglichkeit haben, in das Haus zu gehen, wenn ich glaube, daß sich dort fremde Leute aufhalten“, erklärt Adendorfs Gemeindedirektor Hans Ellfrod. Er will die Aussagen des OVG konkretisiert haben.

Das Ermittlungsverfahren gegen den Adendorfer Ordnungsamtsleiter Richard M. war im Juni von der Lüneburger Staatsanwaltschaft eingestellt worden. Auch dagegen hatte Rechtsanwalt Hullerum Beschwerde eingelegt. Er wollte, daß M. für sein Vorgehen an jenem 11. März zur Rechenschaft gezogen wird.

Ali und Nazih erlitten bei dem Streit Augen-Verätzungen, Prellungen und Schürfungen. „Körperverletzung im Amt“, „Hausfriedensbruch“ und „Freiheitsberaubung“ lauten die Anklagepunkte des Anwalts. Jetzt entschied die Generalstaatsanwalt-

LZ 2.10.87



Die Unterkunft der Asylbewerber in Adendorf: Der Anwalt der Libanesen will, daß Beamte der Gemeinde Adendorf dort künftig nicht mehr ein- und ausgehen, ohne Zustimmung der Asylbewerber. Foto: hei

schaft in Celle. Die Beschwerde wird zurückgewiesen. Begründung: Richard M. habe die „Chemische Keule“ eingesetzt, um die Angriffe von Ali und Nazih abzuwehren — Notwehr also.

Auch von Freiheitsberaubung könne keine Rede sein. Wie berichtet hatte Richard M. im November 1986 Nazih mit Handschellen gefesselt. Der Libanese war vom Lüneburger Gesund-

heitsamt zur amtsärztlichen Untersuchung vorgeladen und nicht erschienen. „Eine erforderliche Röntgenkontrolle kann notfalls erzwungen werden“, M. habe dabei nur eine Anordnung vollstreckt, sagt die Generalstaatsanwaltschaft. Zum „Hausfriedensbruch“ stellt sie fest: „Zur Gefahrenabwehr waren Kontrollen erforderlich, um den Anstaltszweck zu gewährleisten.“ Denn Ali und

Nazih hätten sich nicht ständig in den ihnen zugewiesenen Räumen aufgehalten.

Gegen die beiden Libanesen hat die Lüneburger Staatsanwaltschaft jetzt Anklage erhoben: Wegen Körperverletzung und Widerstand gegen Vollzugsbeamte bei jenem Streit im März. Darüber wird bald vorm Lüneburger Amtsgericht verhandelt, der Termin steht noch nicht fest.



# Adendorf

## Landkreis Lüneburg

### **Reizgas gegen Asylbewerber**

Für die Verfechter und Vollstrecker deutscher Ausländerpolitik geht alles nach Wunsch: Die »Asylantenflut« ist trockengelegt, die Ausländerfeindlichkeit steigt, das Interesse der kritischen Öffentlichkeit in dieser Sache sinkt und damit steht einer weiteren Verschärfung der Asylgesetzgebung nicht mehr im Wege.

Vor drei Monaten berichtete die LZ über die offenbar selbstverständliche Verwendung von Handschellen und Reizgas als »Hilfsmittel« des Adendorfer Ordnungsamtsleiters zur »Disziplinierung« von Ausländern. Der Skandal aber, den die Zeitung damit aufdeckte und der sie zwei Artikel lang ihre Funktion als Sprachrohr der herrschenden Ordnung vergessen ließ, ist nun scheinbar doch keiner: Die Öffentlichkeit, die »kritische« inbegriffen, sieht bis heute darin keinen Anlaß zur Empörung, geschweige denn zu nennenswertem Protest und die Lüneburger Staatsanwaltschaft stellte inzwischen das Ermittlungsverfahren gegen den Amtmann Richard Meyer ein.

Diese Entwicklung hatten die Adendorfer Repräsentanten schon vor zwei Monaten vorausgesehen, denn Unschuld und Schuld schienen für sie von Anfang an klar auf der Hand zu liegen. Auch »wenn mit Gas nicht rumgeballert« werden sollte, so der Führer der CDU-Opposition damals, sei Richard Meyer ein Beamter, der sich immer für die Minderheiten in Adendorf engagiert habe. Und Bürgermeister Maack, Adendorfer Garant bodenständiger Sozialdemokratie, bringt sein grenzenloses Vertrauen in seinen Beamten auf die ländliche Formel: »Ich kenne meine Schweine am Gang«.



## Reizgas gegen »Dreckschwein«

Er, der sich schon deshalb gegen ausländerfeindliche Regungen für immun hält, weil er früher mitbekommen habe, »wie Sozialdemokraten und Kommunisten abgeholt wurden«, macht keine Hehl aus seiner Meinung, wer das Bild harmonischen Zusammenlebens zwischen den 8000 Eingeborenen und den 160 Ausländern stört, wer in seiner ausländerfreundlichen Gemeinde aus dem Rahmen fällt: Nazih M. und Ali H. nämlich — die beiden libanesischen Asylbewerber, die der Bürgermeister als »Verbrecher« titulierte, als »Kriminelle, die mit stehenden Messern (oh, diese Symbolik, mein Freud! -d.Säzz'rin) durchs Dorf liefen, die, als Deutsche, schon lange dort wären, wo sie hin gehörten, nämlich im Knast«.

Daß zwischen dem »Knast« und den sogenannten Schlicht-Wohnungen (sprich Obdachlosenunterkünften) am Adendorfer Ortsrand gleich hinter dem Schrottplatz, in dem die beiden Libanesen seit 1986 untergebracht sind, eine gedankliche Verbindung hergestellt und der Eindruck erweckt wurde »Adendorf hielt sich hier einen Privatkast«, wirft Pastor Müller-Bader der LZ vor. Mit ihm waren sich die Vertreter des Gemeinderats einig in der Beurteilung der Berichterstattung als tendenziös, einseitig und voreingenommen.

Den beiden Artikeln zufolge kam es am 21.3. zwischen zwei Gemeindebeamten und den beiden Asylbewerbern bei der »Brennstoffzuteilung« zu einer Auseinandersetzung. Dabei griff Ordnungsamtsleiter Richard Meyer zur Chemischen Keule, aus »Notwehr«. Die war angeblich auch dann noch für ihn gegeben, als er dem flüchtenden Ali H. in dessen Zimmer folgte und ihn dort weiter mit Reizgas besprühte. Die Folgen dieser Beamtennotwehr für die beiden Asylbewerber: Schädel- und Rippenprellungen, Platzwunden, Gasverletzungen bzw. Verätzung der Augen.

Die Libanesen stellten Strafanzeige wegen Körperverletzung, der Staatsanwalt aber befand Ende Mai: »Es kann nach allem nicht festgestellt werden, daß die Beschuldigten (Richard Meyer und sein Kollege) eine rechtswidrige Körperverletzung begangen haben, weil aufgrund der durchgeführten Ermittlungen Notwehrovoraussetzungen jedenfalls nicht ausgeschlossen werden können.«

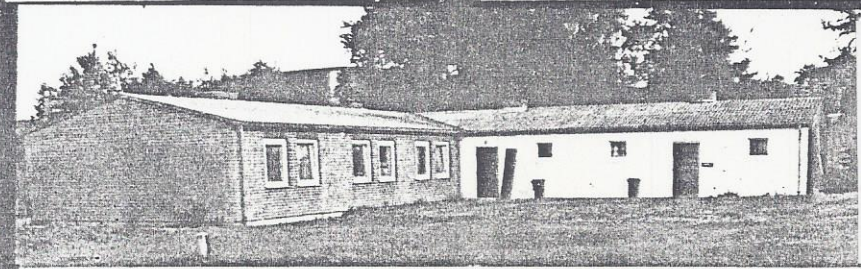
Bereits im Februar dieses Jahres, so hatten die Leser der LZ entnehmen können, hatte Fred Hullerum, der Lüneburger Anwalt der beiden Libane-



Adendorfs Bürgermeister Maack (SPD): »Ich kenne meine Schweine am Gang«

sen, gegen den Ordnungsamtsleiter Anzeige wegen Amtsanmaßung, Freiheitsberaubung und Nötigung gestellt und die Landkreisverwaltung aufgefordert, gegen den Gemeindebeamten einzuschreiten. Denn der hatte im November letzten Jahres Nazih M. kurzerhand mit Handschellen gefesselt und zum Amtsarzt gebracht, weil der Asylbewerber angeblich mehrmaligen Aufforderungen zur Untersuchung nicht nachgekommen sei. Und als sich nach Meinung des Beamten herausstellte, daß Nazih M. zwar gesund, aber seiner »gemeinnützigen« Zwangsarbeit nicht nachgegangen sei, hatte er ihm vorübergehend die Sozialhilfe gekürzt. Die Landkreisverwaltung reagierte erst auf die Veröffentlichungen in der Zeitung und forderte einen Bericht des Gemeindedirektors an. Für den aber, so war zu lesen, hatte sich sein Ordnungsamtsleiter »immer im Rahmen des Rechts bewegt«.

Dies ist ihm nun vom ermittelnden Staatsanwalt bestätigt worden: »Da der Beschuldigte dienstlich als Vollzugsbeamter tätig war, hatte er die besonderen Befugnisse der Polizei nach dem SOG (Gesetz für Sicherheit & Ordnung)«. Zu diesen Befugnissen gehört auch die Anwendung von Handschellen als »Hilfsmittel eines Vollzugsbeamten zur Anwendung unmittelbaren Zwanges«, der dem Staatsanwalt hier notwendig erschien.



Asylbewerber-Unterkünfte in Adendorf: »Privatkast« oder »Schlichtunterkünfte«

Diese Entscheidung wird für den 35jährigen Ordnungsamtsleiter nur das bestätigen, was er in einem Gespräch vor 6 Wochen schon gelassen erwartet hatte: wenn hier jemand angeklagt würde, dann bestimmt nicht er.

Seit 8 Jahren im Amt, vor 3 Jahren zum Vollzugsbeamten bestellt, wozu er — wie andere niedersächsische Gemeindebeamte auch — einen 14tägigen Lehrgang über die »Anwendung unmittelbaren Zwangs« an der Landespolizeischule Hannover absolvieren mußte, kümmert er sich erfolgreich um die Betreuung der Sozialhilfeempfänger, worin er mit der Kontrolle auch einen pädagogischen Auftrag verknüpft, wenn sich z.B. die 24 Asylanten ihre Sozialhilfe in wöchentlichen Raten persönlich bei ihm abholen müssen: »So lernen sie mit ihrem Geld umzugehen«. Außerdem gehört es zu seinen Aufgaben, Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren. Gefahr sei z.B. gegeben, so führte er aus, wenn Obdachlosenwohnungen von »Dreckschweinen wie den Libanesen« bewohnt würden, die »alles verkommen ließen«. Um das kontrollieren zu können, evtl. auch unangemeldet, nähme er als Vertreter der Gemeinde (die Mieterin ist), das Hausrecht in Anspruch.

Der Anwalt Hullerum sieht das anders: Er hatte dem Beamten für die Wohnungen seiner Mandanten Hausverbot erteilt, was Richard Meyer ignorierte.

„Dreckschweine wie Libanesen lassen alles verkommen.“

Bei seinen präventiven Wohnungskontrollen arbeitete der Ordnungsbeamte auch mit der Polizei zusammen, z.B. als er im Kühlschrank von Nazih M. Lebensmittel entdeckte, die er als Lebensmittel »über dem Niveau eines Sozialhilfeempfängers« einstufte. Beim nächsten Einkauf im Supermarkt wurde der Libanese dann des Diebstahls überführt. Es kam zu einer Gerichtsverhandlung in der die Summe des gestohlenen Gutes mit 9.87 DM ermittelt

37





Asylbewerber Ali H. und Nazih M. Unmittelbar nach den Mißhandlungen (Ali H. muß deswegen eine Schutzbrille tragen)

wurde. Ein weiterer Anklagepunkt, der aus Meyers' Spurensicherung resultierte, war das »unbefugte Benutzen eines Fahrrades«. Erst der Hinweis des Anwalts, daß der 19jährige Nazih in seinem bisherigen Leben in den Trümmern von Beirut derartigen Schutz von Eigentum nicht erlernt haben könne, stimmte den Jugendrichter milde. Gegen eine geringe Arbeitsauflage stellte er das Verfahren ein.

Aber diese Hintergründe für die Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch hielten den Staatsanwalt nicht davon ab, auch in diesem Punkt die Ermittlungen gegen den Gemeindebeamten einzustellen. »Im Rahmen seiner Tätigkeit obliege es ihm, die Aufsicht über die Obdachlosenheime durchzuführen und die Einhaltung der Hausordnung zu überprüfen. Dazu ist das Betreten der Wohnung zwangsläufig erforderlich.«

Der Rechtsanwalt hat dagegen Beschwerde eingelegt und Feststellungsklage beim Verwaltungsgericht Stade, Kammer Lüneburg, erhoben. Darin fordert der Anwalt, daß »auch der als Asylbewerber untergebrachte Mensch das Recht aus Artikel 13 des Grundgesetzes, die Achtung der Unverletzlichkeit der Wohnung, geltend machen kann«.

### Kein »Primär«interesse bei GEW und GRÜNEN

Nicht nur das selbstherrliche und nun mit dem Segen des Staatsanwalts rechtmäßige Verhalten eines Ordnungsbeamten wirft ein bezeichnendes Licht auf die bedrückende Perspektive für ein Leben als Ausländer, besonders als Asylsuchender in der BRD; das Desinteresse einer aufgeklärten Öffentlichkeit demonstriert, daß diese Tendenz allgemein toleriert wird.

Die gesamte Reaktion auf die Adendorfer Vorfälle fand in sieben Leser-

briefen Platz unter der Rubrik »In dieser Zeit«, dem wichtigsten Forum öffentlicher Debatten in der Hochschulstadt Lüneburg.

Denn z.B. für die GEW, Heimat derer, die sich links fühlen, gehört der Protest in dieser Sache nicht zu ihren »Primäraktivitäten«, wie es ihr Bezirksvorsitzender Ninnemann so treffend formulierte. Sie ist bis zur Erschöpfung ausgelastet mit dem, was die Linksliberalen allgemein ausfüllt: Mit der Verteidigung ihres nationalen Lebensraumes gegen Raketen, Volkszähler und sparwütige Minister. Damit wird eine verhängnisvolle Tradition der deutschen Linken fortgesetzt, die den massenhaften Protest gegen Rassismus noch nie als »Primäraktivität« erachtete.

Wegen »mangelnder Aktualität« war die überregionale Presse nicht interessiert; nur die »taz« war nach wochenlangem Hin-und-Her zu erwärmen, mochte aber die Kritik an der passiven Haltung der kritischen Öffentlichkeit nicht (traf sie selbst) und hatte dann lange damit zu tun, das vorliegende Manuskript umzuschreiben. »Zu diffizil, nicht holzschnittartig genug«, winkte die Redaktion des Fernseh-Magazins Extra-Drei ab, und meinte damit, daß die beiden betroffenen Asylbewerber offenbar nicht dem Bild des Bittstellers ohne Fehl und Tadel entsprechen würden, für den humanitäres Interesse gerade noch reicht.

Dies scheint auch der Grund für die Zurückhaltung der angesprochenen Lüneburger Kreistagspolitiker gewesen zu sein:

Der ihr zugetragene »Dreck am Stecken« und eine »gewisse Schlitzohrigkeit«, hat Freya Scholing von den Grünen in ihrem aufkeimenden Engagement für Nazih M. und Ali H. zögern lassen. Und der FDP-Sprecher verweist

tiefgründig darauf, daß man besser »Asylbewerber« sage und nicht »Asylant«, weil das den unangenehmen Beiklang von »Demonstrant« habe. Natürlich wissen die Befragten, daß Vorstrafen und sonstige Vergehen normalerweise Karrieren und öffentliches Ansehen nicht ausschließen. Aber wer sich als Deklassierter, besonders als Fremder, nicht ans Zugeteilte hält, muß damit rechnen, das »gesunde Volksempfinden« zu wecken und das geht davon aus, daß »Ausländerfreundlichkeit« freundliche Ausländer voraussetzt (*Beate, tu me plais! -d.Säzz'rin*); für die Ausländerfeindlichkeit sind dann konsequenterweise Ausländer verantwortlich, (*tu me plais de plus en plus!*) und dafür reicht lediglich ihr Vorhandensein.

### Menschenrechtsverletzungen: für Adendorfs Verwaltung nur »Kuriositäten«

Ali H. und Nazih M. haben offenbar die geduldige Hinnahme ihres Lebens »ganz unten« vermissen lassen: Sie sind »mit dem Gesetz in Konflikt geraten«, sie haben Forderungen gestellt, und sei es nur nach 10 statt 5 Briketts pro Tag; Sie haben sich gewehrt und auf die »Anwendung unmittelbaren Zwangs« mit einem Anwalt reagiert, vielleicht haben sie auch ganz einfach nicht immer freundlich begrüßt.

...»denn viele Asylbewerber«, heißt es in einem Leserbrief von Erwin Fischer, Lüneburger CDU-Ratsherr, »tragen durch ihre übertriebene Erwartungshaltung zu diesen Spannungen bei. Was müssen ältere Bürger, die in sehr bescheidenen Verhältnissen leben, und manch arbeitslosen Jugendliche denken, wenn sie erfahren, daß Asylbewerber im Monat 375 DM bekommen, dazu Unterkunft und Verpflegung frei?« Natürlich wird der Ratsherr wissen, daß Asylbewerbern genausowenig »freie Unterkunft und Verpflegung« zugestanden wird, wie anderen Sozialhilfeempfängern. Aber die gezielte Falschinformation weist den deutschen Deklassierten die Richtung, in der sie ihren Haß über das ihren zugemutete Leben loswerden können: Nicht nach oben, sondern nach unten gegen Ausländer, wie z.B. gegen Ali H. und Nazih M.

Vor drei Monaten hat der Europäische Völkerschutzbund über die Adendorfer Verhältnisse einen Bericht unter dem Stichwort »Menschenrechtsverletzungen« an die Vereinten Nationen geschickt. Einen Durchschlag erhielt auch die Gemeinde Adendorf. Diesen Bericht, sagte Ordnungsamtsleiter Richard Meyer damals, habe er unter »Kuriositäten« abgelegt. Heute, nach der Entscheidung des Staatsanwalts, könnte er unwiderrprochen sagen: »Papierkorb!« *Beate Hugk*



LZ 6.2.88

## Gemeinde und Asylbewerber schlossen Vergleich

# Adendorf zahlt zehn Mark Schmerzensgeld an Libanesen

bs Adendorf/Lüneburg. Unter die Auseinandersetzung zwischen Beamten der Gemeinde Adendorf und zweier libanesischer Asylbewerber, die dort in der Obdachlosen-Unterkunft wohnten, ist jetzt endgültig der Schlußstrich gezogen worden.

Wie berichtet, war es Anfang des vergangenen Jahres zu einem Streit gekommen, bei dem es Verletzte gegeben hatte. Mehrfach wurden die Gerichte bemüht, auch wegen verschiedener Vorfälle, die sich bereits vor dem handgreiflichen Streit ereigneten. Gestern haben dazu beide Parteien während eines Erörterungstermins beim Lüneburger Verwaltungsgericht Vergleich geschlossen.

Darin erklärt die Gemeinde Adendorf, daß am 19. Februar 1987 die Beamten Richard M.

und Dieter P. die Unterkünfte der Libanesen Ali H. (24) und Nazih M. (20) rechtswidrig betreten und durchsucht haben. Die Beamten hätten nur dann so handeln dürfen, wenn ein besonderer Anlaß und die Einwilligung der Libanesen vorgelegen hätten.

Das teilten gestern der Rechtsvertreter der Gemeinde Adendorf, Klaus Gossen von der Rechtsabteilung des Landkreises, und der Rechtsanwalt der Libanesen, Fred-Jürgen Hüllerum, auf Anfrage der LZ mit.

In einem anderen Vergleich ging es um einen Vorfall am 20. November 1986: Vollzugsbeamter Richard M. hatte Nazih mit Handschellen gefesselt, weil der Libanese vom Lüneburger Kreis-Gesundheitsamt zur amtsärztlichen Untersuchung

vorgeladen und nicht erschienen war. M. wollte Nazih zwangsweise vorführen — aber das durfte er nicht. „Der Beamte war der irrigen Annahme, daß er zu der Fesselung befugt sei“, hieß es gestern beim Erörterungstermin. Er hätte vielmehr die Angelegenheit dem Landkreis als zuständige Behörde überlassen müssen.

Die Gemeinde Adendorf gibt auch hier zu, rechtswidrig gehandelt zu haben. Sie bedauert den Vorfall und will sich künftig bemühen, in vergleichbaren Fällen anders vorzugehen. Und: Der Libanese Nazih M. bekommt von der Gemeinde ein symbolisches Schmerzensgeld von zehn Mark, das ihm mit der nächsten Sozialhilfe ausgezahlt wird. Sämtliche Kosten der Verfahren muß die Gemeinde tragen.



Wir schwören  
deshalb vor aller Welt  
auf diesem Appell-  
platz, an dieser Stätte  
des faschistischen  
Grauens:

Wir stellen den Kampf  
erst ein, wenn auch  
der letzte Schuldige  
vor den Richtern  
der Völker steht!  
Die Vernichtung des  
Nazismus mit  
seinen Wurzeln ist  
unsere Losung.  
Der Aufbau einer  
neuen Welt des  
Friedens und der  
Freiheit ist unser Ziel.  
Das sind wir  
unseren gemordeten  
Kameraden, ihren  
Angehörigen schuldig.

Aus dem Schwur von Buchenwald, 19. April 1945



Bei der Kreisorganisation Lüneburg der VVN -Bund der Antifaschisten  
sind bislang folgende Broschüren erschienen:

- " Kein NPD - Parteitag in Lüneburg ! "..... 2.- DM
- " Weg mit dem faschistischen Dreck vom Flohmarkt ! "..... 2.- DM
- " Wer sind die Braunen vom Schützenhaus ? "..... 3.- DM
- " Neofaschismus in Lüneburg 1986 "..... 3.- DM
- " Lüneburger Straßen...nach Wegbereitern des Faschismus benannt" 2.- DM
- " Was will das Ostpreußische Landesmuseum Lüneburg ? "..... 3.- DM
- " Dokumentation zum Ostpreußischen Landesmuseum "..... 3.- DM
- " Neofaschismus in Lüneburg 1987 "..... 4.- DM

Bestellungen sind zu richten an VVN- EdA, Postfach 1711, 2120 Lüneburg